

## Die politischen Parteien in der Ukraine vor den Parlamentswahlen

Ott, Alexander

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ott, A. (1997). *Die politischen Parteien in der Ukraine vor den Parlamentswahlen*. (Berichte / BIOst, 45-1997). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43227>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0435-7183



## **Inhalt**

	Seite
Kurzfassung.....	3
Einführung.....	7
I. Die Parteientypologie .....	7
II. Die Parteienlandschaft in der Ukraine .....	9
III. Die Wahlblöcke und Wahlvereinigungen der Parteien .....	26
IV. Die Parteien und Fraktionen im ukrainischen Parlament .....	30
V. Die Reform des Wahlsystems und die politischen Parteien .....	34
Fazit .....	38
Summary .....	41

10. Oktober 1997

Diese Arbeit entstand im Rahmen des von der Fritz Thyssen Stiftung geförderten Projekts "Aspekte der politischen Geschichte der unabhängigen Ukraine" am BIOst.



**Alexander Ott**

## **Die politischen Parteien in der Ukraine vor den Parlamentswahlen**

Bericht des BIOst Nr. 45/1997

### **Kurzfassung**

#### *Vorbemerkung*

Die Parlamentswahlen im März 1998 werden die ersten seit der Annahme der neuen Verfassung sein und somit zur Bewährungsprobe für die ukrainische Demokratie und das Mehrparteiensystem werden. Die politischen Parteien befinden sich seit langem im Wahlkampffieber, das ihre Strategie bestimmt. Anfang 1997, ein Jahr vor den geplanten Parlamentswahlen, startete der Wahlmarathon in der Ukraine, was zur Belebung der Parteienlandschaft geführt hat. Fast jeden Monat werden neue Parteien und Parteienkoalitionen gebildet, die oft nur ein Ziel haben: ins Parlament zu kommen. Deshalb ist es sehr wahrscheinlich, daß diese Koalitionen instabil sind und nach den Wahlen zerbrechen können.

#### *Ergebnisse*

1. Die politischen Parteien in der Ukraine kann man nach ihren ideologischen Programmen und Zielen sieben Blöcken zuordnen: den Linken (5 Parteien), dem linken Zentrum (6 Parteien), dem Zentrum (18 Parteien), den Christlichen Demokraten (4 Parteien), den National-Demokraten (4 Parteien), den Rechten (6 Parteien) und den Ultra-Rechten (2 Parteien). Neue Parteien werden permanent gegründet, oft mit dem gleichen Namen, aber mit einer anderen Führung. In der Ukraine gibt es heute zwei Kommunistische Parteien, zwei Sozialistische Parteien, zwei Sozialdemokratische Parteien, vier Bauern- oder Agrarparteien, mehrere Christlich-Demokratische Parteien, einige Republikanische und Demokratische Parteien.
2. Zwei Drittel der 45 politischen Parteien in der Ukraine sind kleine und kleinste Parteien, die ohne jegliche Bedeutung für den ukrainischen politischen Prozeß sind. (Tabelle 2 im Anhang bietet eine Übersicht über die politischen Parteien der Ukraine in alphabetischer Reihenfolge.) Besonders große und gut organisierte Parteien sind im linken Bereich des politischen Spektrums angesiedelt. Die KPU bleibt mit Abstand die größte Partei in der Ukraine, die auch im Parlament die stärkste Fraktion bildet. Die Gründung der PSPU führte nicht zur Krise oder gar Spaltung der SPU. Die Bildung der APU dagegen schwächte die BPU wesentlich. Die Parteien des linken Zentrums sind entweder Regionalparteien (wie der BKU) oder haben kaum Rückgrat in der Bevölkerung (wie die PGWSF).

Die dominierende Rolle unter den zentristischen Parteien spielt die VDPU, die sich immer

mehr als "Partei der Macht" profiliert. Die finanziell starke Liberale Partei der Ukraine vertritt die "Neureichen" der Donec'k-Region. Die ukrainische Sozialdemokratie wird weiter von persönlichen Rivalitäten zwischen den beiden Parteiführern Onopenko und Buzdugan erschüttert. Mit dem Beitritt von Ex-Premierminister Pavlo Lazarenko und seiner Wahl zum Parteichef beginnt die Partei "Hromada" aus dem politischen Schatten herauszutreten. In der politischen Mitte wird es immer enger: Zwei neue zentristische Parteien (die PRO und die APU) gingen aus Parlamentsfraktionen hervor.

Die Christlichen Demokraten erlebten schon die zweite Spaltung: Aus der CDPU von Žuravskij ist die gleichnamige Partei von Stretovič-Šiškin hervorgegangen, die noch nicht offiziell registriert ist. Ähnlich wie bei den Sozialdemokraten trennen die Christlichen Demokraten keine programmatischen Unterschiede, sondern persönliche Rivalitäten.

Die Spaltungen, Ambitionen und Widersprüche verstärkten die zentrifugalen Kräfte unter den National-Demokraten, die in den Jahren der Unabhängigkeit an Bedeutung und Kraft eingebüßt haben. Die Spannungen zwischen den gemäßigten National-Demokraten (Ruch und DPU), die allmählich zum politischen Zentrum driften, und den radikalen National-Demokraten (die URP, die UKRP und der KUN), die nationalistisch orientiert sind und daher die rechte Flanke des politischen Spektrums bilden, haben sich verstärkt. Das Verhältnis zum Präsidenten und zu seiner Politik war die entscheidende Frage für die National-Demokraten, die ihre Reihen spaltete.

3. Fast jede größere Partei, die sich Chancen bei den Parlamentswahlen erhofft, bildete einen Wahlblock, in dem sie die kleineren Parteien oder gesellschaftliche Vereinigungen der gleichen Orientierung um sich scharte. Sechs Monate vor den Parlamentswahlen gab es bereits zwei linke Wahlblöcke, drei zentristische, einen christlich-demokratischen und einen rechten Wahlblock.

Ob eine Vereinigung aller linken Kräfte zustande kommt, ist fraglich. Die PSPU beabsichtigt, keinem Wahlblock beizutreten. Im Juni 1997 wurde der Wahlblock "Für Wahrheit, für Volk, für die Ukraine!" gebildet, der nur aus zwei linken Parteien besteht: der SPU und der BPU. Die KPU bildete einen eigenen Wahlblock unter dem Namen "Für die Rettung des Volkes der Ukraine".

Einige zentristische und sozialdemokratische Parteien bildeten den Wahlblock "MOST" (Brücke), in dem sich die VSDPU, die PdA, die DPU, die gesellschaftlich-politische Vereinigung "Porozuminnja" (Verständigung) und andere kleinere Parteien und Vereinigungen zusammenfanden. Das Ziel des Wahlblocks "MOST" ist die Festigung eines unabhängigen, demokratischen Rechtsstaats und die Bekämpfung der antidemokratischen Kräfte in der Ukraine.

Im Juli 1997 wurde ein weiterer zentristischer Wahlblock, die "Sozial-liberale Vereinigung" ("SLON"), gebildet. Die neue Vereinigung, die aus zwei Parteien (dem IRB und der UKDP) sowie dem "Club der Intelligenz" besteht, erklärt sich zur Vertreterin des überwiegend russischsprachigen städtischen "Mittelstandes". Mit ihrem Programm will die "SLON" den Kommunisten im prorussischen Westen und Süden der Ukraine Konkurrenz machen und die Wähler ansprechen, die zwar russophil, aber gegen den Kommunismus sind.

Ein Jahr vor den Parlamentswahlen erlebte die zentristische Vereinigung der Politiker und Unternehmer für Reformen "Neue Ukraine" ("NU"), die Präsident Kučma und seinen Reformkurs unterstützt, ihren zweiten Frühling. Die "NU" (in der die VDP, die sich für die Beschleunigung der Reformen einsetzt, dominiert) wird oft als "Partei der Macht" bezeichnet, da sie sehr viele hochrangige Staatsbeamte sowie einige Minister und Gebietsgouverneure vereinigt.

Im April 1997 wurde eine neue Wahlvereinigung ins Leben gerufen: der Christlich-Demokratische Bund (CDB) "Vorwärts, Ukraine!". Mehrere Parteien fanden sich in diesem Bund zusammen: die UCDP, die CDP (Šiškin-Stretovič) und die "Hromada". Strategie des CDB ist es, eine "demokratische Opposition" gegen den vom Staat durchgeführten Reformkurs zu bilden.

Das Ziel der Wahlvereinigung "Ruch für das Volk, für die Ukraine" besteht darin, nicht nur national-demokratische, sondern auch zentristische und liberale Kräfte zu vereinigen, um mindestens ein Viertel der Sitze im neuen Parlament zu bekommen und somit die stärkste Fraktion zu bilden. Außer der Ruch sind der "Kongreß der ukrainischen Intelligenz", die Vereinigung "Prosvita" und der "Allukrainische Veteranenverband" der neuen Wahlkoalition beigetreten.

Die Wahlkoalition "Nationale Front" ("NF") wird von den rechtszentristischen politischen Parteien – dem KUN, der UKRP, der URP und der SUU sowie der demokratischen Vereinigung "Ukraine" – gebildet. Ziele dieser Koalition sind: die Festigung der ukrainischen Staatlichkeit und die Verteidigung der territorialen Integrität und Souveränität. Die Entstehung der "Nationalen Front", eines politischen Blocks der Rechten, der in "harter Opposition" zum Präsidenten steht, wurde durch die Radikalisierung der stärksten der rechtsgerichteten Parteien – der URP – und ihre Annäherung an den KUN und an die UKRP möglich.

4. Im ukrainischen Parlament waren im Juli 1997 vier Fraktionen und sieben Abgeordneten-  
gruppen vertreten. Alle Abgeordnetengruppen sowie die Fraktionen der Ruch und der APU  
sind reformorientiert. Lediglich die Fraktion der KPU und die vereinigte Fraktion der SPU  
und der BPU treten gegen marktwirtschaftliche Reformen ein. Da die ukrainische Politik  
sehr personengebunden ist, unterstützen die Fraktionen und Gruppen im Parlament unter-  
schiedliche politische Akteure. Als "propräsidentisch" gelten im Parlament die Gruppe  
"Verfassungszentrum" und die Interregionale Abgeordnetengruppe. Dem im Juni 1997  
vom Präsidenten entlassenen Premierminister der Ukraine Pavlo Lazarenko standen die  
Fraktion der APU und die Abgeordnetengruppe "Einheit" nahe. Der Parlamentsvorsitzende  
Oleksandr Moroz kann sich der Unterstützung der linken Fraktionen (der KPU, der SPU-  
BPU) und der Abgeordnetengruppe "Wiedergeburt und Entwicklung des Agrar-  
Industriellen Komplexes" sicher sein. Die Fraktion der Ruch und die  
Abgeordnetengruppen "Reformen" und "Sozialmarktwirtschaftliche Wahl" balancierten  
zwischen Kučma und Lazarenko, ohne für die eine oder andere Seite Partei zu ergreifen.  
Im Parlament wurde ein einflußreiches politisches Zentrum gebildet, das aus National-De-  
mokraten und Liberalen besteht, und damit das anfängliche relative Übergewicht der  
Linken ausbalanciert. Das noch vor zwei Jahren schwache parlamentarische Zentrum



besteht heute aus mehreren Fraktionen und Gruppen, die die Annahme der Verfassung und einen Kompromiß mit dem Präsidenten ermöglichten.

5. Der Reformprozeß des politischen Systems der Ukraine war auch ein Jahr nach der Annahme der Verfassung nicht abgeschlossen. Das wichtige Gesetz "Über die Wahlen" ist erst ein halbes Jahr vor den Parlamentswahlen verabschiedet worden. Die Annahme dieses Gesetzes durch das Parlament wird der Bildung eines stabileren pluralistischen Parteiensystems einen neuen Schub geben. Die Exekutive, die die Konsolidierung der Legislative verhindern will, verzögerte die Reform des Wahlsystems in der Ukraine. Sie verband die Reform des Wahlsystems mit Verfassungsänderungen. Dies entsprach den Interessen des Präsidenten, der die im März 1998 anstehenden Parlamentswahlen verschieben wollte. Parteilose Abgeordnete und die Abgeordneten der kleineren Parteien erklärten zunächst, daß sie das neue Wahlgesetz mit dem gemischtem Wahlsystem nur bei einer Verlängerung ihrer Legislaturperiode um ein Jahr billigen würden. Nur die drei größten Parteien (die KPU, die Ruch und die Koalition von SPU und BPU), die auch eigene Fraktionen haben, waren von Anfang an gegen die Verschiebung der Parlamentswahlen und für eine rasche Reformierung des Wahlsystems. Am 24. September 1997 wurde das Gesetz "Über die Wahlen" mit 230 Stimmen verabschiedet.

## Einführung

Die Parlamentswahlen im Frühjahr 1998 werden die ersten seit der Annahme der neuen Verfassung sein und somit zur Bewährungsprobe für die ukrainische Demokratie und das Mehrparteiensystem werden. Die politischen Parteien befinden sich seit langem im Wahlkampfieber, das ihre Strategie bestimmt. In diesem Zusammenhang sind folgende Fragen von besonderem Interesse: Wie entwickelt sich die Parteienlandschaft vor den Parlamentswahlen? Wie passen die Parteien ihre Strategie und Taktik den Wahlkampfbedingungen an? Wie ändert sich das politische Klima in der Vorwahlkampagne? Welche politischen Parteien haben die größten Chancen, in das Parlament einzuziehen?

Von den 45 ukrainischen politischen Parteien sind zwei Drittel kleine und kleinste Parteien, die ohne jegliche Bedeutung für den politischen Prozeß sind. So existieren viele politische Parteien fast nur auf dem Papier, sie stellen eine Art Intellektuellenclub dar. Ihre Führer sind meistens Journalisten oder Hochschullehrer, die keine politische Erfahrung haben und die Parteigeschäfte in ihrer Freizeit erledigen. Nur wenigen größeren Parteien ist es gelungen, funktionierende Basisorganisationen in den Regionen und Gebieten zu bilden. Meistens ist die Zahl der registrierten Anhänger einer Partei auf wenige hundert Aktivisten begrenzt, und dies auch nur in den Gebietszentren. Statt politischer Parteien sind Gruppierungen tätig, die für bestimmte Personen geschaffen wurden und deren politische Ambitionen vertreten. Die Angaben über die Mitgliederzahl der Parteien sind oft unglaublich, da eine Statistik in den Gebietsorganisationen kaum geführt wird. Viele Parteien sind weitgehend mit sich selbst beschäftigt; sie werden von Zersplitterungen, innerparteilichen Skandalen und Affären erschüttert.

Unter den Bedingungen der angespannten Wirtschaftslage hat sich Politik- und Parteienverdrossenheit breitgemacht. Die Menschen wenden sich von der Politik ab und sind selten zur aktiven Mitarbeit in den Parteien bereit. Soziale Apathie, Gleichgültigkeit und Mißtrauen der Bürger gegenüber allen Parteien sind stark ausgeprägt. Die Frage: "Braucht die Ukraine das Mehrparteiensystem?" beantworteten 1995 31,2% der Befragten mit "Ja" (1994 waren es noch 36,3%) und 34,3% mit "Nein" (1994 29,9%). Die Frage: "Gibt es in der Ukraine politische Parteien, denen man die Macht anvertrauen kann?" beantworteten 1995 lediglich 8,8% der Befragten mit "Ja" (1994 waren es noch 14,1%).<sup>1</sup>

## I. Die Parteientypologie

Die ukrainischen politischen Parteien kann man nach ihren ideologischen Programmen und Zielen sieben Blöcken zuordnen: den Linken (5 Parteien), dem linken Zentrum (6 Parteien), dem Zentrum (18 Parteien), den Christlichen Demokraten (4 Parteien), den National-Demokraten (4 Parteien), den Rechten (6 Parteien) und den Ultra-Rechten (2 Parteien).

---

<sup>1</sup> Političnyj portret Ukrainy, 15, 1996, S. 99.

Die Parteien werden im folgenden auch nach ihrer Größe, Struktur, Popularität in der Bevölkerung und Bedeutung im partei-politischen Leben der Ukraine in fünf Gruppen eingeteilt: große Parteien, die in der ganzen Ukraine aktiv sind (Gruppe I), bedeutende Parteien, die regional verwurzelt und mit ihren Führern überregional populär sind (II), kleine Parteien mit schwacher Struktur (III), unbedeutende Parteien, die eine Art Intellektuellenclub darstellen (IV) und "Phantomparteien", die nur auf dem Papier existieren (V).

Die Ukraine ist nach wie vor parteipolitisch geteilt. Die linken Parteien haben im Osten und Süden des Landes besonders starke Positionen. Auch die Parteien des linken Zentrums sind überwiegend in den russischsprachigen Gebieten der Ost- und Südukraine vertreten. Die Hochburg der Rechten und Ultra-Rechten ist hingegen in der Westukraine. In der Zentralukraine und auch in den westlichen Gebieten sind die National-Demokraten und die Christ-Demokraten populär. Die vielfältigen zentristischen Parteien sind häufig eigentlich Regionalparteien, die nur in einem Gebiet oder einer Großstadt gewisse Popularität genießen, woanders aber nahezu unbekannt sind.

#### *Die Linken:*

1. Kommunistische Partei der Ukraine (KPU) (Vorsitzender Petro Simonenko) (I)
2. Partei der Kommunisten (Bol'seviki) der Ukraine (PKBU) (Eduard Ojaperv) (IV)
3. Sozialistische Partei der Ukraine (SPU) (Oleksandr Moroz) (I)
4. Progressive Sozialistische Partei der Ukraine (PSPU) (Natalia Vitrenko) (II)
5. Bauernpartei (Seljanska) der Ukraine (BPU) (Serhij Dovgan') (I)

#### *Das linke Zentrum:*

6. Bürgerkongreß der Ukraine (BKU) (Oleksandr Basiluk) (II)
7. Ukrainische Partei der Gerechtigkeit (UPG) (Serhij Červonopiskij) (II)
8. Ukrainische Partei der Solidarität und der Sozialen Gerechtigkeit (UPSSG) (Eduard Lašutin) (V)
9. Partei der Slawischen Einheit der Ukraine (PSEU) (amt. Vorsitzender Oleg Bachtijarov) (III)
10. Partei des Geistigen, Wirtschaftlichen und Sozialen Fortschritts (PGWSF) (Ivan Burdak) (V)
11. Allukrainische Partei der Werktätigen (APW) (Leonid Vernigora) (IV)

#### *Das Zentrum:*

12. Volksdemokratische Partei der Ukraine (VDPU) (Anatolij Matvienko) (I)
13. Liberale Partei der Ukraine (LPU) (Volodimir Ščerban') (II)
14. Liberal-Demokratische Partei der Ukraine (LDPU) (Volodimir Klimčuk) (IV)
15. Vereinigte Sozialdemokratische Partei der Ukraine (VSDPU) Vasil' Onopenko) (II)
16. Sozialdemokratische Partei der Ukraine (SDPU) (Jurij Buzdugan) (III)
17. Partei der Arbeit (PdA) (Valentin Landik) (II)
18. Interregionaler Reformblock (IRB) (Volodimir Hrinev) (III)
19. Ukrainische Konstitutionell-Demokratische Partei (UKDP) (Volodimir Zolotarev) (IV)
20. Die Partei der Grünen der Ukraine (PGU) (Vitalij Kononov) (IV)
21. Agrarpartei der Ukraine (APU) (Katerina Vaščuk) (III)
22. Ukrainische Partei der Bierliebhaber (UPdB) (Vladislav Jermakov) (V)
23. Partei der Freien Bauern der Ukraine (PFBU) (Vasil' Hordienko) (V)
24. Volkspartei der Ukraine (VPU) (Leopold Taburjanskij) (V)
25. Partei "Reformen und Ordnung" (PRO) (Viktor Pinzenik) (III)
26. Partei der Vaterlandsverteidiger (PVV) (Volodimir Kolomijzev) (IV)
27. Partei "Hromada" (PH) (Pavlo Lazarenko) (II)

28. Partei der Moslems der Ukraine (PMU) (Rašid Bragin) (IV)
29. Allukrainische Partei der Fraueninitiativen (APFI) (Valentina Dzenko) (V)

*Die Christlichen Demokraten:*

30. Ukrainische Christlich-Demokratische Partei (UCDP) (Oleksandr Sergienko) (IV)
31. Christlich-Demokratische Partei der Ukraine (CDPU) (Vitalij Žuravskij) (II)
32. Christlich-Demokratische Partei der Ukraine (CDPU) (Co-Vorsitzende Viktor Šiškin und Volodimir Stretovič) (II)
33. Christlich-Liberale Union (CLU) (Igor Stepanjuk) (V)

*Die National-Demokraten:*

34. Volksbewegung Ruch (Vjačeslav Čornovil) (I)
35. Demokratische Partei der Ukraine (DPU) (Volodimir Javorivskij) (II)
36. Ukrainische Demokratische Bauernpartei (UDBP) (Mikola Škarban) (IV)
37. Ukrainische Republikanische Christliche Partei (URCP) (Mikola Porovskij) (II)

*Die Rechten:*

38. Ukrainische Republikanische Partei (URP) (Bohdan Jarošinskij) (I)
39. Ukrainische Konservative Republikanische Partei (UKRP) (Stepan Hmara) (II)
40. Kongreß der Ukrainischen Nationalisten (KUN) (Jaroslava Stec'ko) (II)
41. Allukrainische politische Vereinigung "Staatliche Unabhängigkeit der Ukraine" (SUU) (Roman Koval') (III)
42. Ukrainische National-Konservative Partei (UNKP) (Oleg Soskin) (IV)
43. Organisation der Ukrainischen Nationalisten (OUN) (Mikola Plav'juk) (IV)

*Die Ultra-Rechten:*

44. Ukrainische Nationale Versammlung (UNA) (Oleg Vitovič) (III)
45. Sozial-Nationale Partei der Ukraine (SNPU) (Jaroslav Andrušiv) (IV)

## **II. Die Parteienlandschaft in der Ukraine<sup>2</sup>**

*Die Linken*

1. Die Kommunistische Partei der Ukraine (KPU) hat sich im Juni 1993 neu organisiert und wurde im Oktober desselben Jahres offiziell registriert. Die KPU ist nicht nur die stärkste und bestorganisierte Partei in der Ukraine (etwa 140.000 Mitglieder), sie bildet auch die größte Fraktion im Parlament (siehe Tabelle 1).

Die ideologische Grundlage der Partei ist der Marxismus-Leninismus. Im Sommer 1995 trat die KPU dem Bund der Kommunistischen Parteien (BKP-KPdSU) bei, denn sie befürwortet die Wiederherstellung des "Bundes der Brudervölker" bei Erhaltung der Souveränität der Mitgliedsstaaten. Mitte März 1995 fand der II. (XXX.) Parteitag der KPU statt, an dem 390 Delegierte teilnahmen und auf dem das neue Programm verabschiedet wurde. Die Stichworte des neuen Programms lauten: "Sowjets, Sozialismus, Union".<sup>3</sup> Die Strategie der KPU sieht ver-

---

<sup>2</sup> Der Autor erhebt keinen Anspruch auf die Zuverlässigkeit der Zahlenangaben bezüglich der Mitgliederstärke der Parteien. Bei einigen Parteien werden keine detaillierten Angaben gemacht, weil entsprechende Informationen nicht vorhanden sind.

<sup>3</sup> Kievskie vedomosti, 14.3.1995, S. 3.

schiedene Etappen vor. Die erste Etappe: Liquidierung des "volksfeindlichen Regimes" mit revolutionären Mitteln wie Streiks, Massendemonstrationen und Protestaktionen. Die zweite Etappe: "Liquidierung der Hinterlassenschaft der Konterrevolution" durch Festigung des sozialistischen Eigentums. Die dritte Etappe: Aufbau einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Die KPU korrigierte ihre Position hinsichtlich der russischen Sprache: Sie soll nicht mehr Staatssprache, sondern nur Amtssprache sein. In der Frage des Präsidentenamtes strebt die KPU nach wie vor die Abschaffung dieses Amtes an.

Die KPU befindet sich in Opposition zur Regierung und zum Präsidenten, der ihrer Auffassung nach einen volksfeindlichen Kurs verfolgt. Die Politik des Präsidenten sei "schädlich" für die ukrainische Wirtschaft und Gesellschaft. Die Partei tritt gegen die Kapitalisierung des Landes ein und kämpft gegen das "volksfeindliche Regime" für die Wiederherstellung der Macht der Werktätigen in Form der Sowjets. Wie der Parteivorsitzende und Parlamentsabgeordnete Petro Simonenko erklärte, wird die KPU im Rahmen der Verfassung für eine Kursänderung kämpfen. Ihr Ziel ist, das "volksfeindliche kapitalistische Regime" auf dem Verfassungsweg zu stürzen. Nur die KPU und andere Linken seien imstande, das Land aus der Krise zu führen.

In der Partei gibt es zwei Flügel: die orthodoxen Kommunisten, die an die Wiederherstellung der Sowjetunion glauben, und die Pragmatiker, die die ukrainische Staatlichkeit nicht in Frage stellen. Diese Positionsunterschiede traten bis jetzt nicht in Erscheinung, weil die Partei nicht an der Macht ist und die Politik nicht wesentlich bestimmen kann.

Im Oktober 1997 soll der III. (XXXI.) Parteitag stattfinden, der die Parteiplattform vor den Parlamentswahlen ausarbeiten wird. Bei den Parlamentswahlen will die KPU ihre eigenen Kandidaten aufstellen und bei den Präsidentschaftswahlen einen gemeinsamen Kandidaten der Linken stellen. Die KPU prophezeit einen "heißen Herbst" und beabsichtigt, aus den politischen Kundgebungen und Manifestationen, die anlässlich des 80. Jahrestags der Oktoberrevolution, des 80. Jahrestags der Errichtung der Sowjetmacht in der Ukraine und des 75. Jahrestags der Gründung der Sowjetunion geplant sind, politisches Kapital zu schlagen.

2. Die Partei der Kommunisten (Bol'seviki) der Ukraine (PKBU) wurde vom Justizministerium der Ukraine am 14. Juli 1994 offiziell registriert. Wie der Parteiname schon sagt, wendet sich die Partei der Vergangenheit zu. Die PKBU ist eine marginale Partei, die für den "reinen Leninismus" eintritt.

3. Die Sozialistische Partei der Ukraine (SPU) bildete sich am 26. Oktober 1991 aus Teilen der damals verbotenen KPU. Sie ist die drittstärkste Partei in der Ukraine (nach der KPU und der Ruch) und hat etwa 34.000 Mitglieder (die größten Parteiorganisationen gibt es in den Gebieten Donec'k und Dnipropetrovs'k). Vor der Verabschiedung der neuen Verfassung verschärfte sich in der SPU der Streit um die Strategie der Partei und um ihr Verhältnis zur Regierung und zum Präsidenten. In der Partei bekämpften sich zwei Strömungen: die prokommunistische und sozialdemokratische. Die beiden prominentesten Kritiker der Parteilinie, die Parlamentsabgeordneten Volodimir Marčenko und Natalia Vitrenko, wurden zunächst aus der Politführung der SPU und danach auch aus der sozialistischen Fraktion ausgeschlossen. Der Grund dafür war ihre Kritik am Partei- und Parlamentsvorsitzenden Oleksandr Moroz und am sozialistischen Fraktionschef Ivan Čiž, die angeblich zu viele

Kompromisse mit der Regierung eingegangen waren. Auch bei der Annahme des Verfassungsvertrags 1995 und der Verfassung 1996 habe Parlamentssprecher O. Moroz, der die "goldene Mitte" suche, zu viel Kompromißbereitschaft gezeigt. Moroz gelingt es immer wieder, einerseits Chef der Partei zu bleiben, die in Opposition zum Präsidentenkurs steht, andererseits die Legislative zu leiten, die diesen Kurs mit entsprechenden Gesetzen absichern soll. In diesem Spagat befindet sich nicht nur der Parteivorsitzende, sondern auch die ganze SPU.

Die Hoffnungen auf eine "Sozialdemokratisierung" der SPU, die mit dem Ausschluß der Gruppe Vitrenko-Marčenko verbunden waren, sind bald verflogen. Im Oktober 1996 fand der VI. Parteitag der SPU statt. Er stellte fest, daß sich die SPU als Nachfolgerin der Leninschen Partei der Kommunisten sieht und ihr Programm auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus aufbaut. Eine Strömung in der Partei, die den orthodoxen Marxismus-Leninismus durch die Ideologie "des erneuerten Sozialismus" zu ersetzen suchte, erlitt auf dem Parteitag eine Niederlage. Die langsame Evolution der Sozialisten zur Sozialdemokratie, die Vitrenko und Marčenko befürchtet und prognostiziert hatten, wurde durch den Beginn des Wahlkampfes im Frühjahr 1997 gestoppt.

Schon auf dem Parteitag im Oktober 1996 wurde bekräftigt, daß die SPU weiterhin gegen das "volksfeindliche autoritäre Regime eintritt, das Präsident Kučma installiert hatte". Moroz begründete die Notwendigkeit eines Machtwechsels mit dem Argument, daß die Exekutive nicht fähig sei, die Krise in der Ukraine zu beenden. Die SPU bleibe eine Sozialistische Partei, obwohl sie heute oft sozialdemokratisch handeln müsse. Das strategische Ziel sei der Aufbau des Sozialismus, der über eine "Volksdemokratische Republik" erfolgen solle. Eine solche Position der Partei sei kein Verrat am Sozialismus, sondern ein taktischer Schritt, um eine möglichst breite Unterstützung der Bevölkerung zu bekommen. Das taktische Ziel der Partei ist die Bildung eines starken linken Blocks zusammen mit den Kommunisten, der Bauernpartei und anderen linken Kräften. Der VI. Parteitag wird in der zweiten Hälfte des Jahres 1997 fortgesetzt mit dem Ziel, ein Programm zur Überwindung der Krise auszuarbeiten, das zugleich als Wahlplattform der SPU dienen soll.

4. Mitte Juli 1996 wurde eine neue linke Partei vom Justizministerium registriert – die Progressive Sozialistische Partei der Ukraine (PSPU). Damit wurde die Abspaltung der Gruppe Vitrenko-Marčenko von der SPU, die im Februar 1996 erfolgt war, auch formal besiegelt. Im Mai 1996 fand der Gründungsparteitag der PSPU statt, auf dem die Parlamentsabgeordnete Natalia Vitrenko zur Vorsitzenden der neuen Partei gewählt wurde. Sie war zuvor zusammen mit ihren Gesinnungsgenossen aus der SPU ausgeschlossen worden. Der Grund war ihre Kritik an der Parteiführung um den Parlamentsvorsitzenden O. Moroz von linken Positionen aus. Sie hatte Moroz vorgeworfen, daß er als Parlamentsvorsitzender eine opportunistische Position einnehme, im Parlament die Parteilinie nicht konsequent genug durchsetze und das Parteiprogramm mißachte.<sup>4</sup>

Ziel der PSPU ist "die Errichtung des Sozialismus in der Ukraine und der Aufbau einer Ge-

---

<sup>4</sup> Nezavisimost', 19.1.1996, S. 1.

sellschaft der sozialen Gerechtigkeit."<sup>5</sup> Die PSPU hält die Führer der anderen linken Parteien für "Opportunisten" und "Gehilfen des Regimes". Sie tritt für einen "reinen Leninismus" ein. Die Wiederherstellung der Macht der Sowjets, der Sowjetunion, der sozialistischen Wirtschaft ohne Privateigentum gehören zu ihrem Parteiprogramm.

5. Die Bauernpartei (Seljanska) der Ukraine (BPU) wurde im Januar 1992 gegründet und im März 1993 vom Justizministerium offiziell registriert. Den Kern der BPU, die sozialistisch ausgerichtet ist, bilden ehemalige Kommunisten, die in der Landwirtschaft beschäftigt sind. Das sind vor allem Direktoren der Kolchosen und Sowchosen, die zur "Dorfnomenklatura" gehören. Die BPU tritt vehement gegen die Privatisierung der landwirtschaftlichen Betriebe und die Auflösung der Kolchosen-Sowchosen ein. Sie sieht die Zukunft der souveränen Ukraine in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Der Parteiführer Serhij Dovgan' ist Direktor einer Sowchose und Parlamentsabgeordneter. Er war zunächst Vorsitzender der Deputiertengruppe "Agrarier der Ukraine", danach der Fraktion der BPU, und jetzt ist er Co-Vorsitzender der vereinten SPU-BPU-Fraktion im Parlament.

#### *Das linke Zentrum*

6. Der Bürgerkongreß der Ukraine (BKU) wurde als Partei im Juni 1993 vom Justizministerium registriert. Der BKU, der seine Zentrale in Donec'k hat und Ende 1995 etwa 7.000 Mitglieder zählte, nimmt linkszentristische und prorussische Positionen ein. Vorsitzender ist Oleksandr Basiluk. Die Partei ist in 14 Gebieten der Ukraine vertreten, vor allem aber im Osten des Landes (Donec'k, Luhans'k und Charkiv). Nachdem im April 1995 die Republikanische Partei der Krim (RPK oder Republikanische Bewegung der Krim) dem BKU beigetreten ist, hat die Partei auch auf der Krim gute Positionen. Das Ziel des BKU, das auf dem VI. Parteitag im März 1996 festgeschrieben wurde, ist der Aufbau einer bürgerlichen Gesellschaft durch Konsolidierung aller demokratischen Kräfte in der Ukraine. Die Partei tritt für die Wiederherstellung wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Beziehungen zu den Republiken der ehemaligen Sowjetunion ein. Der BKU setzt sich auch für die Gleichstellung der russischen mit der ukrainischen Sprache und für die föderative Gliederung des Landes ein. Der Bürgerkongreß steht in Opposition zum Präsidenten, weil sich die Mehrheit der Partei wegen Kučmas Politik, die die Politik von Kravčuk wiederholt, betrogen fühlt. Der BKU unterstützte eine Unterschriftensammlung für ein Referendum über eine wirtschaftliche, politische und militärische Union zwischen Rußland, Weißrußland, der Ukraine und Kasachstan. Von der Wiederherstellung der Sowjetunion könne aber keine Rede sein, für einen Zusammenschluß mit Rußland gebe es aber keine Alternative.<sup>6</sup>

Im Juni 1997 fand der VII. Parteitag statt, der die Bildung eines Staatenbundes von Rußland und Belarus begrüßte und die ukrainische Führung wegen ihrer "kurzsichtigen prowestlichen Politik" kritisierte. Vor den Parlamentswahlen im März 1998 beabsichtigt der BKU, einen Block mit der UPSSG und der PSEU zu bilden, also mit den Parteien, die ebenso prorussisch orientiert sind. Im Parlament ist der BKU mit zwei Abgeordneten vertreten.

---

<sup>5</sup> Vseukrainskie vedomosti, 16.7.1996, S. 3.

<sup>6</sup> Kievskie vedomosti, 9.6.1995, S. 3.

7. Die Ukrainische Partei der Gerechtigkeit (UPG) besteht zum großen Teil aus Veteranen der Sowjetarmee, die an bewaffneten Konflikten und Kriegen sowie an der Beseitigung der Folgen der Čornobyl'-Katastrophe beteiligt waren. Als linkszentristische Partei mit "pan-slawistischer" Ideologie wird sie vom BKU umworben. Auf dem III. Parteitag der UPG, der im Juni 1997 in Žitomir stattfand, wurden ein neues Parteiprogramm gebilligt und ein neuer Parteivorsitzender gewählt.<sup>7</sup> An die Wahl des Vorsitzenden des "Komitees für Fragen der Kriegsveteranen beim Ministerkabinett" und des Bundes der Afghanistan-Kämpfer, Serhij Červonopiskij, zum neuen Parteiführer wird die Erwartung geknüpft, daß die UPG propräsidentische Positionen einnimmt und vom linken Zentrum in die politische Mitte abdriftet.

8. Die Ukrainische Partei der Solidarität und der Sozialen Gerechtigkeit (UPSSG) existiert seit Juli 1993. Die UPSSG ist eine verschwindend kleine Partei, die lediglich "auf dem Papier" existiert.

9. Die Partei der Slawischen Einheit der Ukraine (PSEU) wurde am 21. Oktober 1993 registriert. Sie hat etwa 3.000 Mitglieder. Mitte März 1995 fand in Donec'k der II. Parteitag der PSEU statt. Die Delegierten repräsentierten 14 Gebiete der Ukraine. Unter den Gästen waren Vertreter der Russischen Nationalen Versammlung (Sobor), des Kongresses der friedliebenden Kräfte, des Bürgerkongresses der Ukraine (BKU), der SPU und der KPU. Der damalige Vorsitzende der PSEU, Ivan Karpenko, äußerte sich besorgt über die Aktivitäten der islamischen Staaten auf dem Territorium der slawischen Länder. Seiner Meinung nach bilden nicht nur drei Nationen – Russen, Ukrainer und Weißrussen – die Ostslawen, sondern vier Nationen. Es gebe eine weitere Nation, die "Rusiči", die 46% aller Ostslawen ausmache und aus Personen bestehe, deren Eltern einer der drei ostslawischen Nationen angehören. Die PSEU tritt für die Einigung der slawischen Welt von der Adria bis zu den Kurilen angesichts der Übermacht des "Freimaurer-Imperiums der USA" ein. Sie strebt die doppelte Staatsbürgerschaft und die Gleichstellung des Russischen mit dem Ukrainischen an.<sup>8</sup>

10. Die Partei des Geistigen, Wirtschaftlichen und Sozialen Fortschritts (PGWSF) wurde vom Justizministerium am 22. Juni 1994 offiziell registriert. Ähnlich wie die UPSSG tritt die PGWSF kaum in Erscheinung; sie ist eine "Phantompartei".

11. Die Allukrainische Partei der Werktätigen (APW) wurde auf Initiative des Gewerkschaftsbundes der Ukraine im April 1997 in Poltava gegründet. Am Gründungsparteitag nahmen 300 Delegierte aus 18 Gebieten des Landes teil. Ihr Vorsitzender ist der Parlamentsabgeordnete und Mitglied der Parlamentsgruppe "Unabhängige" Leonid Vernigora, der gleichzeitig Vorsitzender des Gebietsgewerkschaftsrates in Poltava ist. Der I. Parteitag ist für September-Oktober 1997 geplant. Die Partei tritt ein für wirtschaftliche Reformen, die der heimischen Industrie zugute kommen, für die optimale Verbindung von Markt und Staatsre-

---

<sup>7</sup> Kievskie vedomosti, 18.6.1997, S. 4.

<sup>8</sup> Kievskie vedomosti, 14.3.1995, S. 3.



gulation, für Vollbeschäftigung und für den Erhalt des sozialen Sicherheitsnetzes mit kostenlosem Bildungs- und Gesundheitswesen.<sup>9</sup>

### *Das Zentrum*

12. Die Volksdemokratische Partei der Ukraine (VDPU) wurde im Februar 1996 aus der Partei der Demokratischen Wiedergeburt der Ukraine (PDWU) und dem Arbeitskongreß der Ukraine (AKU) gegründet. Die Partei, die etwa 14.000 Mitglieder zählt und die Interessen der "Mittelklasse" vertritt, steht im politischen Zentrum und versucht, die "rechte Sozialdemokratie mit dem sozialen Liberalismus" zu verbinden. Zum neuen Vorsitzenden der VDPU wurden Anatolij Matvienko (AKU) und zu seinem Stellvertreter Volodimir Filenko von der PDWU gewählt. Im Parlament ist die VDPU mit 17 Abgeordneten vertreten, die zur Gruppe "Verfassungszentrum" gehören.

Die VDPU strebt eine breite Beteiligung der Parteimitglieder an der Macht an. Mit Genugtuung konstatierte der VDPU-Vorsitzende A. Matvienko, der gleichzeitig Gouverneur des Gebiets Vinnizja ist, die Tatsache, daß die Bürgermeister mehrerer ukrainischer Großstädte und die Gouverneure einiger Gebiete VDPU-Mitglieder sind.<sup>10</sup> Im April 1996 initiierte die VDPU die Gründung eines Allukrainischen Komitees zur Unterstützung der neuen Verfassung, dem zehn Parteien und 76 Organisationen beigetreten sind.<sup>11</sup> In wenigen Monaten festigte die Partei, die den Präsidenten unterstützt, ihre Position und erweiterte ihren politischen Einfluß. Im Dezember 1996 ernannte Kučma das Vorstandsmitglied der VDPU und Bürgermeister von Charkiv Je. Kušnarev zum Chef der Präsidialadministration. Der Koordinator der Abgeordnetengruppe "Verfassungszentrum" im Parlament Michajlo Sirota trat der VDPU bei und wurde zum Vize-Vorsitzenden der Partei gewählt.

Auf dem II. Parteitag der VDPU (6.-7. Juni 1997) hat der Parteivorsitzende Matvienko Präsident Kučma aufgerufen, Premierminister Lazarenko und seine Regierung zu entlassen, weil sie unfähig seien, die wirtschaftliche Krise in der Ukraine in den Griff zu bekommen. In der Regierung gebe es Korruption und Gesetzlosigkeit sowie Kämpfe zwischen den verschiedenen Interessenclans.<sup>12</sup> Die erfolgreiche Attacke der VDPU auf den Premierminister Lazarenko und sein Rücktritt bestätigten den Ruf der Partei als "Partei der Macht". Das Mitglied des Vorstands der VDPU Valerij Pustovojtenko wurde am 16. Juli 1997 neuer Premierminister. Trotzdem ist die Partei bei der ukrainischen Bevölkerung wenig populär: nur 0,7% der Befragten wollen für die Partei stimmen.<sup>13</sup> Deshalb sucht die VDPU mögliche Verbündete unter den zentristischen Parteien. Die endgültige Entscheidung über Wahlkoalitionen der VDPU wird auf dem Parteitag im Herbst 1997 fallen.

13. Die Liberale Partei der Ukraine (LPU) wurde im September 1991 gegründet und einen Monat später offiziell registriert. In den Jahren 1995 und 1996 wurde sie von innerpar-

---

<sup>9</sup> Vseukrainskie vedomosti, 16.4.1997, S. 3.

<sup>10</sup> Kievskie vedomosti, 20.6.1996, S. 3.

<sup>11</sup> Zerkalo nedeli, 8.6.1996, S. 4.

<sup>12</sup> Zerkalo nedeli, 7.6.1997, S. 2.

<sup>13</sup> Kievskie vedomosti, 26.7.1997, S. 4.

teilichen Konflikten und dem häufigen Wechsel ihrer Führung erschüttert. Auf dem II. Parteitag im Januar 1995 wurde Oleg Soskin, der stellvertretende Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen in Kiev, zum Präsidenten der LPU gewählt. Damit schien die Krise in der Partei überwunden zu sein. Der neue Parteichef trat für eine europäische Orientierung und gegen eine auf die GUS ausgerichtete ukrainische Politik ein. Drei Monate später legte O. Soskin den Posten des Präsidenten der Partei nieder und nach zwei weiteren Monaten trat er aus der Partei aus. Der Grund waren Meinungsverschiedenheiten zwischen dem "rechten" Präsidenten und der "linken" Mehrheit der Parteiführung um Volodimir Lanovyj hinsichtlich des programmatischen Dokuments "Liberalismus im Spiegel der ukrainischen Wirklichkeit", in dem die LPU als zentristische Partei bezeichnet wird. Soskin zufolge muß die LPU eine rechtszentristische Partei sein, die sich auf die Orthodoxie und nationale Ideen stützt. Nach dem raschen Rücktritt Soskins führte Volodimir Lanovyj die LPU einige Monate. Auf dem III. Parteitag im Januar 1996 wurde der damalige Gebietsgouverneur von Donec'k und Vorsitzende der Gebietsrada Volodimir Ščerban' zum Parteiführer gewählt. Daraufhin trat Lanovyj aus der LPU aus.

Im Sommer 1996 setzte Kučma den Gouverneur des Gebiets Donec'k Ščerban' ab. Als Gouverneur hatte Ščerban' sehr gute Kontakte zu den Bergleuten in der Region und war angeblich in die Clankämpfe zwischen der Dnipropetrovs'ker und Donec'ker Gruppierung verwickelt. Das kostete ihn seinen Gouverneursposten. Die LPU, der enge Verbindungen zum großen Finanzkapital der Ukraine nachgesagt werden, gründete die Abgeordnetengruppe "Sozialmarktwirtschaftliche Wahl" im Parlament.

Die LPU bezieht zentristische Positionen ("sozialer Liberalismus") und tritt für die Fortsetzung der Reformen ein. Die Partei bekennt sich zu den Grundlagen des klassischen Liberalismus, fordert das bedingungslose Primat des Privateigentums und die Priorität der Menschenrechte. Als Partei des Mittelstands, die das Klein- und Mittelunternehmertum unterstützt, befürchtet die LPU eine Verlangsamung der Reformen und die Rückkehr zum Monopolismus. Aus diesem Grund unterstützt sie den Reformkurs des Präsidenten, bleibt aber in "konstruktiver Opposition zur Regierung". Die inneren Querelen in der LPU führten im April 1997 zum Ausschluß von drei Parlamentsabgeordneten aus der Partei, die Parteiführer Ščerban' vorwarfen, die LPU in eine Art "kommerzielle Struktur" verwandeln zu wollen. Zur Spaltung der Partei ist es jedoch nicht gekommen.

Am 6. Oktober 1995 fand in Simferopol' auf der Krim die feierliche Unterzeichnung des Vereinigungsvertrags zwischen der LPU und der Partei der Wirtschaftlichen Wiedergeburt der Krim (PWWK) statt. Dieses Ereignis überraschte viele Beobachter, weil die LPU auf dem II. Parteitag im Januar 1995 erklärt hatte, daß sie mit keiner Partei eine Vereinigung suche, aber bereit sei, in konkreten Fragen mit den anderen Parteien zu kooperieren. Außerdem betrachtet sich die LPU als Partei der neuen, zahlenmäßig kleinen Schicht der Unternehmer und Eigentümer. Volodimir Lanovyj, der für die LPU den Vereinigungsvertrag unterschrieb, äußerte sich vorsichtig, daß die neue Partei noch keinen neuen Namen und keine neue Führung habe und lediglich ein Bund aus zwei Parteien bleibe.<sup>14</sup>

---

<sup>14</sup> Pravda Ukrainy, 10.10.1995, S. 1.

14. Die Liberal-Demokratische Partei der Ukraine (LDPU) wurde vom Justizministerium im Juli 1992 registriert und hatte Ende 1995 nach eigenen Angaben etwa 3.000 Mitglieder. In ihren Programmzielen steht die LDPU der LPU nahe. Nach dem V. Kongreß der Vereinigung "Neue Ukraine" ("NU") erklärte der Vorsitzende der LDPU Volodimir Klimčuk, daß seine Partei die "NU" aus Protest gegen das "Diktat" einer Partei – nämlich der VDPU – verläßt.

15. Die ukrainische Sozialdemokratie bleibt weiterhin zerstritten und gespalten. Mindestens zwei Parteien kämpfen um die offizielle Anerkennung durch das Justizministerium als "Sozialdemokratische Partei". Ende Januar 1995 wurde eine neue Partei, die Vereinigte Sozialdemokratische Partei (VSDPU) auf der Basis der Ukrainischen Partei der Gerechtigkeit (UPG, Vorsitzender Michajlo Hrečka), der Partei der Menschenrechte (PMR, Vorsitzender Vasil' Onopenko) und Teilen der alten SDPU – unter Führung von Jurij Zbitnev – gegründet.<sup>15</sup> Die neue Partei tritt für Marktwirtschaft und staatliche Unabhängigkeit der Ukraine, für Gewaltenteilung und eine föderale Staatsstruktur ein. Am 28. Februar 1995 erhielt die VSDPU unter Vorsitz des damaligen Justizministers Vasil' Onopenko die Registrierungsurkunde im Justizministerium der Ukraine. Die Anhänger einer anderen Sozialdemokratischen Partei der Ukraine (SDPU) unter Führung des Parlamentsabgeordneten Jurij Buzdugan sowie der Ukrainischen Partei der Gerechtigkeit, die abgelehnt hatten, der neuen Partei V. Onopenkos beizutreten, haben Protest eingelegt. Die parlamentarische Kommission für Gesetzgebung und Gerichts- und Rechtsreform hat die Beschwerde dieser Parteien angenommen und die Gründung der VSDPU als "illegitim" bezeichnet. Dem Beschluß der Kommission zufolge soll die Zulassung der VSDPU rückgängig gemacht werden. Wenige Monate später wurde der VSDPU die Registrierungsurkunde aberkannt. M. Hrečka wurde aus der UPG ausgeschlossen, weil er keine Vollmachten für die Fusion hatte. Ein Jahr später, Ende April 1996, fand in Poltava der Gründungsparteitag statt, bei dem sich die Vereinigte Sozialdemokratische Partei der Ukraine (VSDPU) neu konstituierte. Nach Angaben des Parteivorsitzenden V. Onopenko hat die VSDPU etwa 15.000 Mitglieder.<sup>16</sup> Die neugegründete VSDPU will zur "dritten Macht" werden. Sie steht sowohl zur Legislative als auch zur Exekutive in Opposition.

16. Anfang Juni 1996 fand in der Stadt Pervomajsk (Gebiet Mykolajiv) der VIII. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Ukraine (SDPU) statt, der die neue Fassung des Parteiprogramms verabschiedete. 59 Delegierte aus 17 Gebieten der Ukraine kritisierten die gegenwärtige "Politik der Armut" der Regierung. Mit Bedauern wurde die Unfähigkeit der ukrainischen Demokraten festgestellt, von der falschen Alternative, entweder die pseudoreformistische Nomenklatura ("Partei der Macht") oder die "Verteidiger der Interessen des einfachen Volkes" – die Kommunisten, abzugehen. Die größte Gefahr für die ukrainische Demokratie seien das Monopol der Kommunisten auf die Opposition gegen das heutige Regime und das Fehlen einer demokratischen Opposition. Auf die Spekulationen von Moroz, daß sich die SDPU dem linkszentristischen Wahlblock "Für Wahrheit, für Volk, für die Ukraine"

---

<sup>15</sup> Kievskie vedomosti, 24.1.1995, S. 3.

<sup>16</sup> Vseukrainskie vedomosti, 27.4.1996, S. 3.

anschließe, reagierte der Vorstand der Sozialdemokraten ablehnend. Die SDPU stehe den demokratischen Prinzipien loyal gegenüber und eine Koalition mit einer prokommunistischen Organisation sei undenkbar. Bei den nächsten Parlamentswahlen will die SDPU nur mit den Gewerkschaften, nicht mit anderen Parteien eine Koalition bilden.<sup>17</sup> Die SDPU wird vom Vorsitzenden der Parlamentarischen Kommission für Arbeits- und Sozialpolitik Ju. Buzdugan geleitet. Sie hat etwa 3.500 Mitglieder und ist im ukrainischen Parlament (Verchovna Rada) mit drei Abgeordneten vertreten.<sup>18</sup>

17. Die Partei der Arbeit (PdA) wurde Ende 1992 in Donec'k gegründet und einen Monat später, am 27. Januar 1993, offiziell registriert. Nach eigenen Angaben hat die PdA etwa 30.000 Mitglieder (überwiegend in den östlichen Gebieten der Ukraine: Donec'k, Dnipropetrovs'k, Zaporizzja). Vorsitzender der Partei ist Valentin Landik, Generaldirektor des Multi-Konzerns "Nord". Die theoretische Grundlage der PdA bilden die Prinzipien der modernen Sozialdemokratie. Die Partei tritt für eine breite Privatisierung der Staatsbetriebe und für die staatliche Unterstützung des ukrainischen Unternehmertums ein. Die PdA befürwortet die Vertiefung der Beziehungen zu den GUS-Staaten, vor allem zu Rußland, und den Beitritt der Ukraine zur Wirtschafts- und Zollunion in der GUS. Die Partei strebt die Mitgliedschaft in der Sozialistischen Internationale an.

18. Der Interregionale Reformblock (IRB) ist eine zentristische Partei liberaler Ausrichtung. Anfang 1996 hatte die Partei etwa 2.600 Mitglieder (die größten Organisationen befinden sich in den Gebieten Poltava, Dnipropetrovs'k und Vinnizja). Seit seiner Gründung 1994 und seiner offiziellen Registrierung als Partei im Februar 1995 tritt der IRB für die Förderung der lokalen Selbstverwaltung und die Föderalisierung des Landes ein. Der langsame Übergang vom Unitarstaat zum Bundesstaat mit selbstverwaltenden Gebieten, Regionen und Bundesländern sei der beste Weg zur Erhaltung der Einheit der Ukraine. Bei der Verfassungsdiskussion trat der IRB für die Stärkung der Vollmachten des Präsidenten ein: er soll nicht nur Staatsoberhaupt, sondern auch Regierungschef sein. Das Parlament soll aus zwei Kammern bestehen: dem Unterhaus mit nach Parteilisten gewählten Abgeordneten und dem Oberhaus als Vertretung der Regionen. Diese Programmpunkte konnte die Partei bei der Verabschiedung der neuen Verfassung im Parlament im Juni 1996 nicht durchsetzen. Der IRB-Führer Volodimir Hrinev, der ehemalige Leiter des Koordinationsrates der "NU" und Berater des Präsidenten, trat 1995 von seinen Posten mit dem Ziel zurück, sich ganz dem IRB widmen zu können. Die Partei tritt für eine enge Zusammenarbeit mit den Demokraten Rußlands auf der Basis von politischen und wirtschaftlichen Reformen sowie gegen einen Wiederaufbau der Sowjetunion ein. Der IRB unterstützt den Reformkurs des Präsidenten und will zur Durchsetzung der Marktwirtschaft und einer offenen bürgerlichen Gesellschaft beitragen.

19. Die Ukrainische Konstitutionell-Demokratische Partei (UKDP) wurde im Mai 1991 gegründet und im Mai 1993 vom Justizministerium registriert. Sie vertritt liberal-konservative

---

<sup>17</sup> Den', 20.6.1997, S. 2.

<sup>18</sup> Kievskie vedomosti, 8.6.1996, S. 6.

Positionen und vereinigte 1996 etwa 1.000 Mitglieder. Bei den Präsidentschaftswahlen 1994 unterstützte die UKDP Volodimir Lanovyj. Bis 1995 war die Partei Mitglied der Vereinigung "NU". Die UKDP sieht die Ukraine als föderativen Staat mit einer möglichst breiten Selbstverwaltung der Bürger. Sie kritisierte die Beschlüsse des ukrainischen Parlaments, wonach die Krim-Verfassung außer Kraft gesetzt und der Krim-Präsident Jurij Meškov abgesetzt worden waren. Das Ziel der Partei – die Erhaltung der Einheit der Ukraine – könne nicht mit unangemessenen Mitteln erreicht werden. Die UKDP befürwortete eine gewaltfreie Lösung der Krim-Krise durch Verhandlungen. Vorsitzender der UKDP ist der Journalist Volodimir Zolotarev von der Zeitung "Den".

20. Die Partei der Grünen der Ukraine (PGU) wurde am 24. Mai 1991 vom Justizministerium offiziell als Partei registriert. Sie tritt für die Schaffung eines globalen Systems der ökologischen Sicherheit und gegen die Nutzung von Atomenergie ein. Die Demonopolisierung und Dezentralisierung der Wirtschaft und die Reduzierung der ukrainischen Armee sowie die konsequente Konversion des Militär-Industriellen Komplexes sind ebenfalls Programmpunkte der ukrainischen Grünen. Die Partei, die etwa 6.000 Mitglieder hat, tritt für die Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes ein, wonach die Hälfte der Abgeordneten des künftigen Parlaments nach Parteilisten gewählt wird. Die PGU führt einen langjährigen internen Kampf mit der Schwesterorganisation "Grüne Welt" um Räumlichkeiten und das Recht, die ökologische Bewegung der Ukraine allein zu repräsentieren.

21. Am 1. Dezember 1996 wurde eine neue Partei gegründet – die Agrarpartei der Ukraine (APU). Dies löste negative Reaktionen der Bauernpartei (Seljanska) der Ukraine (BPU), der Ukrainischen Demokratischen Bauernpartei (UDPB) und der Assoziation der Farmer aus, die die neue Partei als "Partei der Macht" bezeichneten, die keine eigenen politischen Positionen vertritt. Die APU ist propräsidentisch und zentristisch orientiert. Der erste Führer der APU war der ehemalige Vize-Premier Michajlo Zubec, der für Fragen des Agrar-Industriellen Komplexes zuständig war. Auf dem I. Parteitag im März 1997 wurde auf Vorschlag von Zubec Katerina Vaščuk zur Parteichefin gewählt. Sie ist gleichzeitig Vorsitzende der APU-Fraktion.

22. Die Ukrainische Partei der Bierliebhaber (UPdB) wurde im Mai 1992 registriert und vertritt die Interessen der jungen Unternehmer und der dünnen Schicht der "Neureichen". Sie ist liberal orientiert und hat etwa 1.500 Mitglieder (Anfang 1996).

23. Die Partei der Freien Bauern der Ukraine (PFBU) wurde im Mai 1993 registriert; sie hatte seinerzeit etwa 1.000 Mitglieder.

24. Die Volkspartei der Ukraine (VPU) wurde in Dnipropetrovs'k im September 1990 gegründet und im August 1991 vom Justizministerium registriert. Sie vertritt liberale Positionen. Die Partei hat sich nicht zur neuen Registrierung im Justizministerium gemeldet und wird seit dem 1. März 1996 nicht mehr als legale Partei geführt.

25. Im Juli 1997 gründete ein Teil der Abgeordnetengruppe "Reformen" eine neue Partei unter dem Namen "Reformen und Ordnung" (PRO). Die Losungen der Partei sind Demokra-

tie und marktwirtschaftliche Reformen sowie Bekämpfung der Korruption. Die Partei hofft auf die Stimmen der ukrainischen Patrioten und Anhänger der marktwirtschaftlichen Reformen im Westen sowie im Osten des Landes. Das Organisationskomitee der Partei wird vom ehemaligen Vize-Premier Viktor Pinzenik geführt. Zu den Gründern der Partei gehören auch der Vorsitzende der Parlamentarischen Kommission für Fragen der Bekämpfung des organisierten Verbrechens Grigorij Omel'čenko, der Bürgermeister von Mariupol' und der Parlamentsabgeordnete Michailo Poživanov sowie der Leiter der Abgeordnetengruppe "Reformen" Serhij Sobolev.<sup>19</sup> Die neue Partei wird voraussichtlich der christlich-demokratischen Wahlvereinigung "Vorwärts, Ukraine!" beitreten.

26. Die Partei der Vaterlandsverteidiger (PVV) wurde vom Justizministerium im Juli 1997 offiziell registriert. Sie betrachtet sich als zentristische Partei, die folgendes Ziel hat: Aufbau des demokratischen Rechtsstaats mit sozial orientierter Marktwirtschaft. Von den anderen Parteien mit gleichen Zielen unterscheidet sich die PVV durch "größere Radikalität" in der Taktik. Die PVV wird als Partei "der harten Hand" eingestuft, nicht zuletzt weil sie vom Dozenten der Militäruniversität in Charkiv Volodimir Kolomijzev geführt wird. Als eines der nächsten Ziele bezeichnete der Parteichef die Entmachtung des jetzigen Staatsapparats, der "zum Teil aus der alten Nomenklatura und zum Teil aus Geschäftemachern" besteht.<sup>20</sup>

27. Die Partei "Hromada" (PH) wurde schon 1993 als Allukrainische Vereinigung gegründet. Bis zum Sommer 1997 hat sich diese Vereinigung der ukrainischen Intelligenz mit nationalukrainischer Kulturpolitik beschäftigt; sie konnte sich als politische Partei nicht profilieren. Nach dem Beitritt der Parlamentsabgeordneten Julija Timošenko und Oleksandr El'jaškevič zur Partei erlebte die "Hromada" ihre Wiedergeburt und ging zur aktiven politischen Strategie über. So wurde verkündet, daß die PH gegen die "totalitäre" Politik des Präsidenten eintritt und im Herbst seine Absetzung im Parlament einleiten wird. Auf dem III. Parteitag der "Hromada" am 27. September 1997 wurde ein neues politisches Programm verabschiedet und eine neue Parteiführung gewählt. Zum neuen Parteichef wurde Ex-Premierminister Pavlo Lazarenko gewählt. Die Partei nimmt sozialdemokratische Positionen ein, bleibt aber vorerst ein Bestandteil der Wahlvereinigung "Vorwärts, Ukraine!". Auf dem IV. Parteitag Ende Oktober 1997 soll ein "Schattenkabinett" der "Hromada" gebildet werden.

28. Die Partei der Moslems der Ukraine (PMU) wurde am 27. September 1997 in Donec'k auf dem Gründungsparteitag offiziell ins Leben gerufen. Zum Vorsitzenden der Partei wurde Rašid Bragin gewählt. Zum Mitglied der Partei kann jeder Bürger der Ukraine werden, der das 18. Lebensjahr vollendet hat und gläubiger Moslem ist. Die Partei der Moslems der Ukraine will aktiv an den Parlamentswahlen 1998 teilnehmen.<sup>21</sup>

29. Die Allukrainische Partei der Fraueninitiativen (APFI) wurde im Sommer 1997 in Charkiv gegründet. An dem Gründungsparteitag nahmen 47 Delegierte aus 15 Gebieten teil. Die APFI wird von Valentina Dazenko, der Direktorin der Aktiengesellschaft "Charkivölpro-

---

<sup>19</sup> Kievskie vedomosti, 10.7.1997, S. 4.

<sup>20</sup> Den', 18.7.1997, S. 2.

<sup>21</sup> Vseukrainskie vedomosti, 30.9.1997, S. 3.

dukte", geleitet. Die Partei will die Aktivitäten der Frauen in der Politik und Wirtschaft fördern. Nach Angaben der Vorsitzenden bilden Frauen den Großteil der Partei. Die APFI beabsichtigt, bei den Präsidentenwahlen 1999 eine Frau für das höchste Amt vorzuschlagen.<sup>22</sup>

#### *Die Christlichen Demokraten*

30. Die Ukrainische Christlich-Demokratische Partei (UCDP) wurde im Januar 1989 in L'viv als "Ukrainische christlich-demokratische Front" gegründet. Auf dem II. Parteitag (April 1990) wurde der Name der Partei geändert. Im November 1991 wurde die UCDP vom Justizministerium offiziell registriert. Damals hatte sie nach eigenen Angaben etwa 8.000 Mitglieder. Nach dem III. Parteitag (April 1992 in Ivano-Frankivs'k) ist die Gruppe um Vitalij Žuravskij aus der Partei ausgetreten. Im Juni 1992 gründete sie eine neue Partei – die CDPU. Auf dem V. Parteitag, der im Oktober 1995 stattfand, wurde Oleksandr Sergienko zum neuen Vorsitzenden gewählt. Die Partei tritt für die Konsolidierung der ukrainischen Gesellschaft auf einer Grundlage, die auch christliche Werte einschließt, ein. Die Schaffung einer nationalen Kirche in der Ukraine würde zur Konsolidierung des Landes beitragen.

31.-32. Die Christlich-Demokratische Partei der Ukraine (CDPU) entstand im Juni 1992, als die Kiever Gruppe von Vitalij Žuravskij aus der Ukrainischen Christlich-Demokratischen Partei (UCDP) austrat und eine eigene Partei gründete. Dies war die erste Spaltung der ukrainischen christlichen Demokraten. Die Partei, die nach eigenen Angaben Anfang 1996 etwa 13.000 Mitglieder hatte, wurde im gleichen Jahr von internen Skandalen und persönlichen Rivalitäten erschüttert, was zur erneuten (zweiten) Spaltung der Christlichen Demokraten in den letzten fünf Jahren führte. Der Vorsitzende der Parlamentarischen Kommission für Gesetzgebung und Gerichts- und Rechtsreform Volodimir Stretovič und die beiden Parlamentsabgeordneten Viktor Šiškin und Vasil' Kostickij wurden im Juni 1996 wegen ihres "Versuchs, die Partei zu spalten", aus der CDPU ausgeschlossen.<sup>23</sup> Mit diesem Beschluß des Parteivorsitzenden V. Žuravskij erklärten sich 15 Mitglieder des Hauptrates der Partei (darunter zwei Parlamentsabgeordnete) nicht einverstanden; sie setzten Žuravskij ab. Zum provisorischen Vorsitzenden der Partei wurde der Parlamentsabgeordnete V. Šiškin gewählt. Žuravskij und seine Anhänger verklagten die "selbsternannte Parteispitze" vor Gericht.<sup>24</sup> Die Partei spaltete sich in zwei Teile, die ihre getrennten Parteitage im September (die Partei von Šiškin-Stretovič) und im November 1996 (die Partei von Žuravskij) durchführten. Durch diese Spaltung wurde die ukrainische Christliche Demokratie entscheidend geschwächt. Es entstanden zwei Parteien mit demselben Namen, was bei den bevorstehenden Parlamentswahlen im März 1998 zu Irritationen bei der Wählerschaft führen wird. Die CDPU von Stretovič, die vom Justizministerium noch nicht registriert ist, strebt die Vereinigung mit der erst im Mai 1997 gegründeten Ukrainischen Republikanischen Christlichen Partei (URCP) an. Die drei christlich-demokratischen Parteien (die UCDP, die CDPU von Žuravskij und die CDPU von Šiškin-Stretovič) sind hauptsächlich im Westen des Landes (Ivano-Frankivs'k, Ternopil',

---

<sup>22</sup> Den', 7.8.1997, S. 2.

<sup>23</sup> Vseukrainskie vedomosti, 18.6.1996, S. 3.

<sup>24</sup> Kievskie vedomosti, 30.7.1996, S. 3.

L'viv) und in Kiev vertreten. Ideologische Unterschiede zwischen ihnen sind kaum auszumachen. Sie werden eher von andauernden persönlichen Querelen und internen Streitereien erschüttert.

33. Die Christlich-Liberale Union (CLU) wurde vom Justizministerium im August 1995 offiziell registriert. Die Partei will zum Aufbau der bürgerlichen Gesellschaft in der Ukraine beitragen, die sich auf Menschenrechte und christlichen Humanismus stützt.

#### *Die National-Demokraten*

34. Die Volksbewegung der Ukraine – die Ruch – entstand im September 1989 als breite "demokratische Bewegung für die Perestrojka" und spielte die Hauptrolle im Demokratisierungsprozeß 1989-1991. Am 1. Februar 1993 wurde die Ruch als politische Partei registriert. Die einst einflußreichste politische Kraft im Land, die ihren eigenen Kandidaten (Vjačeslav Čornovil) bei den ersten Präsidentschaftswahlen in der Ukraine im Dezember 1991 aufstellte und auf Anhieb 23% der Stimmen erhielt, hat am stärksten an Popularität verloren. Trotzdem blieb die Ruch die bedeutendste national-demokratische Kraft in der Ukraine.

Als zentristische national-demokratische Partei hat die Ruch auf ihrem letzten (VI.) Parteitag im Dezember 1995 die neue Fassung des Programms und des Statuts verabschiedet. Die Entwicklung und Festigung der ukrainischen Staatlichkeit sowie Reformen im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich werden im Programm als Hauptziele genannt. Die Ruch tritt für eine umfassende Privatisierung der Kleinbetriebe, für die Unterstützung des Unternehmertums und für Privateigentum an Grund und Boden ein. Die Partei bevorzugt ein parlamentarisches System, in dem der Präsident repräsentative Funktionen ausübt und nicht die Exekutive leitet. Die Exekutive soll dem Parlament untergeordnet sein. Die Wiedergeburt der ukrainischen Kultur, Tradition und Sprache ist für die Ruch eines der Hauptziele. Als führende national-demokratische Partei der Ukraine verurteilt die Ruch jede Form nationaler und religiöser Diskriminierung und unterstützt nationale Minderheiten. Ruch-Vorsitzender ist der ehemalige sowjetische Dissident Vjačeslav Čornovil, der im Parlament die gleichnamige Parteifraktion leitet. Die Partei hat nach eigenen Angaben etwa 60.000 Mitglieder.<sup>25</sup>

35. Die Demokratische Partei der Ukraine (DPU) wurde im Juni 1991 vom Justizministerium registriert. Ende 1995 hatte sie etwa 5.000 Mitglieder. Der Parteivorsitzende ist der Parlamentsabgeordnete Volodimir Javorivskij. Im Parlament ist die Partei mit vier Abgeordneten vertreten. Die Programmziele der DPU sind: Festigung der Demokratie in der unabhängigen Ukraine, Befürwortung der Marktwirtschaft und Schaffung eines sozialen Sicherungssystems. Im Dezember 1996 fand der IV. Parteitag statt, der die Strategie und Taktik der DPU in der Wahlperiode bestimmte. Als einzige national-demokratische Partei steht die DPU den Sozialdemokraten nahe und bildet mit anderen zentristischen Parteien den sozialdemokratischen Block "MOST".

36. Die Ukrainische Demokratische Bauernpartei (UDBP) wurde am 15. Januar 1991 vom Justizministerium offiziell registriert. Die Partei tritt für das Privateigentum an Grund

---

<sup>25</sup> Urjadovyj kur'er, 20.1.1994, S. 6.



und Boden und für die Wiederherstellung der Traditionen der ukrainischen Landwirtschaft ein. Der Parteiführer ist Mikola Škarban, der Präsident der Farmerunion der Ukraine.

37. Am 1. Mai 1997 fand der Gründungsparteitag einer neuen Partei – der Ukrainischen Republikanischen Christlichen Partei (URCP) – statt, die von Anhängern der Gruppe um Michailo Horin' und Mikola Porovskij in der URP gegründet wurde. Somit erlebte die erste offiziell registrierte Partei in der unabhängigen Ukraine – die URP – eine zweite Spaltung in ihrer siebenjährigen Geschichte: Im Juni 1992 wurde die Ukrainische Konservative Republikanische Partei (UKRP) aus den Reihen der URP gegründet. Die URCP setzt die Traditionen der ukrainischen Bürgerrechtsbewegung der 60er bis 80er Jahre fort und stützt sich auf demokratische Prinzipien und christliche Moral. Die Ziele der URCP, die etwa 5.400 Mitglieder hat (fast alle sind ehemalige URP-Mitglieder), lauten: Festigung der Staatlichkeit und nationalen Sicherheit der Ukraine, Konsolidierung des ukrainischen Volkes, Unterstützung der marktwirtschaftlichen Reformen und des ukrainischen Unternehmertums. Die URCP will ihren Beitrag zur Vereinigung der christlichen Kirchen in einer einheitlichen Landeskirche leisten. Die URCP sieht in der Ruch einen möglichen Verbündeten bei den Parlamentswahlen. Wie erwartet, ist die Partei dem Wahlblock "Ruch für das Volk, für die Ukraine" beigetreten. Im parteipolitischen Spektrum der Ukraine nimmt die URCP, die etatistisch ausgerichtet ist, den Platz der URP im rechten Zentrum ein. Wie Parteichef Mikola Porovskij erklärte, steht die URCP in "konstruktiver Opposition" zu den Machthabern.

### *Die Rechten*

38. Die Ukrainische Republikanische Partei (URP), die etwa 14.000 Mitglieder hat, bestätigte auf ihrem VII. Parteitag im Dezember 1996 die auf dem VI. Parteitag im Oktober 1995 erarbeitete politische Strategie. Seit diesem Parteitag, auf dem die neue Führung (Vorsitzender Bohdan Jarošinskij, seine Stellvertreter Oleg Pavlyšin und Oleksandr Šandrjuk) gewählt wurde, befindet sich die URP in "harter Opposition" zum Präsidenten und zur Regierung der Ukraine, die – nach Ansicht der Partei – nicht konsequent genug Reformen durchsetzten. Die URP betrachtet sich als einzige Partei in der Ukraine, die konsequent für die Unabhängigkeit des Landes eintritt und die nationalen Interessen verteidigt. Die anderen national-patriotischen Parteien, einschließlich der Ruch, hätten den Weg des Kompromisses mit dem Präsidenten gewählt, dessen Politik die Menschen im Stich lasse und sie so unter die roten Fahnen der Linken treibe. Die Partei tritt für den Ausbau der ukrainischen Staatlichkeit und gegen die rußländische Expansion ein. In der Krim-Frage war die URP der Meinung, daß die Autonomie der Halbinsel aufgehoben und die Krim zum 25. administrativen Gebiet der Ukraine erklärt werden sollte. Das Komplexprogramm der URP "Zur Konsolidierung der ukrainischen Nation" sieht in seinem ökonomischen Teil vor, ein nationales Unternehmertum zu gründen, die Steuern zu senken und die Privatisierung und strukturelle Umgestaltung der Wirtschaft zu forcieren.<sup>26</sup>

Den neuen Kurs der neuen Parteispitze der URP teilten nicht alle Mitglieder. Die Widersprüche und Konflikte in der URP verschärften sich von Monat zu Monat und gipfelten in der

---

<sup>26</sup> Pravda Ukrainy, 24.10.1995, S. 1.

Spaltung der Partei. Die Krise erreichte ihren Kulminationspunkt im Frühjahr 1997, als die neue Parteiführung um Bohdan Jarošinskij beschloß, einen Wahlblock mit dem KUN zu bilden – die "Nationale Front". Es entstanden zwei Flügel in der Partei: der "gemäßigte" (M. Horin' – M. Porovskij), der seinen politischen Verbündeten in der Ruch sah, und der "nationalistische" (L. Luk'janenko – B. Jarošinskij), der den KUN als möglichen Partner betrachtete.

In einem Appell an die Partei haben Mihailo Horin', Mikola Porovskij, Bohdan Horin' und Mikola Horbal' dem Parteivorsitzenden Bohdan Jarošinskij vorgeworfen, die Parteiideologie eigenwillig zu ändern und eine Koalition mit rechtsextremistischen Kräften zu bilden.<sup>27</sup> Die Partei, die aus der Bürgerrechtsbewegung und ihrer Tradition der 1960er-1980er Jahre hervorgegangen sei, die Ideologie der nationalen Demokratie vertrete und im politischen Spektrum der Ukraine rechtszentristisch orientiert sei, stehe vor dem Zusammenbruch, hieß es in diesem Appell. Der Kurs des neuen Parteichefs Jarošinskij in Richtung einer "Radikalisierung" unterwandere die ideologischen Grundlagen der Partei und bedeute den Übergang zu den Positionen des KUN. Mit Bedauern stellten die Autoren des offenen Briefes fest, daß der Austritt einer Reihe von URP-Mitgliedern (Bohdan Jarošinskij, Levko Luk'janenko, Jevhen Pronjuk, Oleksandr Šandruk, Volodimir Čeremis) aus der Parlamentsgruppe "Staatlichkeit" zu ihrer Auflösung geführt habe. Die Gruppe von Horin'-Porovskij bezeichnete die neue Parteiideologie als "Nationalismus", die von keinem Parteitag gebilligt wurde. Sie forderte die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages. Ihr Ziel war es, den Bemühungen der Parteiführung, die URP von einer rechtszentristischen parlamentarischen Organisation in eine extremistische rechte Sekte zu verwandeln, Einhalt zu gebieten. Die beiden größten Gebietsorganisationen der URP – in Ternopil' und in Ivano-Frankivs'k – gingen auf Distanz zur neuen Politik der Führung.

Die Parteirada (der Parteivorstand) der URP reagierte prompt und schloß den zweiten Ehrenvorsitzenden der URP Mihailo Horin', der die Partei von 1992 bis 1995 geleitet hatte (der erste Ehrenvorsitzende der Partei ist Levko Luk'janenko), seinen ehemaligen Stellvertreter Mikola Porovskij und 13 weitere Parteifunktionäre aus der URP aus. 17 von 65 Mitgliedern der Parteirada unterstützten die Gruppe von Horin'-Porovskij und beschlossen, eine neue Partei auf der ideologischen Grundlage der nationalen Demokratie zu gründen. Die zweite Spaltung der URP war perfekt.

39. Die Ukrainische Konservative Republikanische Partei (UKRP) entstand im Juni 1992 bei der ersten Spaltung der URP aus deren radikalem Flügel. Seit ihrer Gründung ist Stepan Hmara Parteichef. Die Partei hat etwa 3.000 Mitglieder. Ziel der UKRP ist die "alleinige Herrschaft des ukrainischen Volkes" auf ukrainischem Boden. Die UKRP will zur Selbstverwirklichung des "großen ukrainischen Volkes" beitragen und auf den historischen und geistig-kulturellen Traditionen aufbauen.

Als nationalistische, antirussische Partei tritt die UKRP für eine "Nationale Diktatur" ein, die in der Übergangsperiode die "Nationale Revolution" beenden soll. Nach der "Nationalen Revolution" soll ein Nationalstaat entstehen. Die Ukraine soll ein Unitarstaat mit einer

---

<sup>27</sup> Nezavisimost', 14.3.1997, S. 4.

starken Zentralmacht werden. Als beste Staatsform wird eine parlamentarische Republik mit einer starken Regierung angesehen. Die Partei ist gegen eine Annäherung an Rußland und jede Form der Integration, für das "Hinausdrängen" Rußlands aus der Schwarzmeerregion und die Anerkennung der Souveränität der Republik Tschetschenien durch die Ukraine.

40. Der Kongreß der Ukrainischen Nationalisten (KUN) entstand auf Initiative der Organisation der Ukrainischen Nationalisten (OUN) im Oktober 1992 und wurde vom Justizministerium im Januar 1993 offiziell registriert. Der KUN versteht sich als Nachfolgepartei der "Organisation der Ukrainischen Nationalisten", die sich zu UdSSR-Zeiten in der Emigration befand. Gründer der Partei ist Stepan Bandera. Die heutige Parteichefin Jaroslava Stec'ko kehrte vor zwei Jahren aus der Emigration zurück.

Ziel der Partei ist es, die Ukraine durch eine vollständige Entkollektivierung der Landwirtschaft und durch die Befreiung des Landes von der imperialen Macht Rußlands zu einem modernen Staat zu entwickeln. Der KUN ist für die Unverletzlichkeit der Grenzen, für die territoriale Integrität der Ukraine und für eine professionelle Armee mit moderner Technik und Atomwaffen. Die KUN-Abgeordneten im Parlament fordern die Aufhebung der Krim-Autonomie und die Umwandlung der Ukraine in einen Unitarstaat.<sup>28</sup> Auf dem letzten Parteitag hat der KUN sein Motto "die Ukraine den Ukrainern" durch das Motto "die Ukraine für die Bürger aller Nationalitäten, die in der Ukraine leben" ersetzt.<sup>29</sup>

Der I. Parteitag fand im August 1993, der II. im September 1995 statt. Anfang 1996 hatte der KUN etwa 14.000 Mitglieder und seine Parteiorganisationen in allen Gebieten der Ukraine und auf der Krim. Der KUN tritt für einen starken ukrainischen Nationalstaat mit einem präsidial-parlamentarischen System ein. Die Chefin des KUN Jaroslava Stec'ko sucht eine politische Annäherung an die URP von Bohdan Jarošinskij. Der KUN und die URP kritisieren die politischen Positionen der Ruch, die den Präsidenten und seinen Kurs unterstütze und somit die Opposition spalte.

41. Die Partei "Staatliche Unabhängigkeit der Ukraine" (SUU) wurde vom Justizministerium im März 1993 offiziell registriert. Die Ideologie der Partei ist streng nationalistisch: "Die Ukraine über alles!" Der einzige Weg zur Errichtung des nationalen Staates führe über die nationale Diktatur. Die SUU unter Führung von Roman Koval' geht davon aus, daß die Interessen des ukrainischen Volkes einen höheren Stellenwert haben als die anderer Nationen. Die SUU ist Anhängerin der autoritären Macht, weil sie darin die geeignetste Staatsform für die Ukraine sieht. Sie hat etwa 1.800 Mitglieder.

42. Die Ukrainische National-Konservative Partei (UNKP) wurde im Juni 1992 gegründet und vom Justizministerium im Oktober desselben Jahres registriert. Die Partei, die rechtsorientierte Positionen einnimmt, ist aus einer Fusion von zwei Parteien (Ukrainische Nationale Partei und Ukrainische Volksnationale Partei) hervorgegangen. Nach Jahren der Bedeutungslosigkeit versucht die UNKP sich mit dem Führungswechsel neu zu profilieren. Die UNKP hat etwa 1.000 Mitglieder. Parteiführer ist der stellvertretende Direktor des Insti-

---

<sup>28</sup> Urjadovyj kur'er, 3.3.1994, S. 6.

<sup>29</sup> Kievskie vedomosti, 14.9.1994, S. 3.

tuts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen in Kiev Oleg Soskin, der zuvor kurze Zeit LPU-Führer war.

43. Die Organisation der Ukrainischen Nationalisten (OUN), die am 17. November 1993 vom Justizministerium als Partei registriert wurde, hat das Wiedererstehen der ukrainischen Nation und des ukrainischen Staates zum Ziel. Auf dem XIV. Parteitag vom 24. bis 25. Mai 1997 in Kiev bezeichneten die 228 Delegierten die ideologische Plattform der OUN als "liberalen Nationalismus", der die unterschiedlichen Kräfte des Ukrainertums vereinigen könne.<sup>30</sup> Ideologisch steht die OUN dem KUN nahe. Die OUN wurde 1929 in Wien begründet und war jahrzehntelang ein Sammelbecken für die ukrainischen Nationalisten im Exil.

#### *Die Ultra-Rechten*

44. Die Ukrainische Nationale Versammlung mit der Ukrainischen Nationalen Selbstverteidigung (UNA-UNSO) ist eine rechtsextreme Organisation mit drei Mandaten im Parlament. Ende Dezember 1994 wurde sie offiziell als legale Partei vom Justizministerium registriert.

Die UNA ist eine politische Organisation; die UNSO eine militante, paramilitärische Struktur, die der UNA untergeordnet ist. UNSO-Kämpfer nahmen 1993 im georgisch-abchasischen Krieg gegen den "russischen Imperialismus" auf georgischer Seite teil. Die UNA-UNSO vertritt nationalistische, antirussische Positionen und träumt von einer Großukraine. Sie sieht nicht nur im russischen Imperialismus, sondern auch im Westen eine Bedrohung für die Staatlichkeit der Ukraine. Am 16. November 1994 stimmten die UNA-UNSO-Abgeordneten im Parlament gegen den Beitritt der Ukraine zum Atomwaffensperrvertrag. Ihrer Ansicht nach sind die Atomwaffen für die Unabhängigkeit des Landes unentbehrlich.

Die UNA mußte sich Mitte Juli 1996 zum vierten Mal neu organisieren, nachdem ihr die Registrierung erst acht Monate nach ihrer wiederholten Zulassung im September 1995 durch das Justizministerium aberkannt worden war. Der offizielle Grund war, daß die zur Registrierung eingereichte Mitgliederliste auch Namen von Personen enthielt, die entweder schon verstorben waren oder überhaupt nichts mit der Partei zu tun hatten. Auf der Liste standen auch die Namen von Kriminellen, die zum Zeitpunkt der Registrierung in Gefängnissen saßen. Inoffizieller Grund war die aktive Beteiligung der UNA und der UNSO an den blutigen Schlägereien mit den Sicherheitskräften, die sich während der Beisetzung des Patriarchen der Ukrainischen Orthodoxen Kirche – Kiever Patriarchat Volodimir am 18. Juli 1995 in Kiev ereignet hatten. Fast den ganzen September protestierten die Mitglieder der UNA-UNSO gegen das Verbot mit Hungerstreiks; die Wiedenzulassung konnten sie aber nicht erreichen.

Auf dem IV. Gründungsparteitag änderte die UNA ihr Programm und beschloß, ihre Ziele auf friedlichem und verfassungskonformem Weg zu erreichen. Der Vize-Vorsitzende und Chef-Ideologe der Partei Dmitro Korčinskij formulierte die neue Taktik folgendermaßen: "Wenn Du eine Bank ausrauben gehst, mußt Du unterwegs auf die Straßenverkehrsregeln achten."<sup>31</sup>

---

<sup>30</sup> Den', 27.5.1997, S. 2.

<sup>31</sup> Kievskie vedomosti, 23.7.1996, S. 3.

Zum Vorsitzenden wurde erneut der Parlamentsabgeordnete Oleg Vitovič gewählt. Trotzdem hat das Justizministerium im Oktober 1996 die Neuzulassung der UNA mit dem Argument verweigert, daß die Partei paramilitärische Verbände der UNSO verfassungswidrig unterhalte.

45. Die Sozial-Nationale Partei der Ukraine (SNPU) existiert bereits seit 1991, doch erst im Oktober 1995 wurde sie vom Justizministerium offiziell registriert. Ihre Zentrale befindet sich nicht in Kiev, sondern in L'viv. Wie der Vorsitzende der SNPU Jaroslav Andrušiv erklärte, stützt sich die Partei auf die Ideologie der "Ethnoökonomie". Die engen Beziehungen der Ukraine zu Rußland seien gefährlich, weil Rußland nichteuropäische Verhaltensstandards verbreite. Die SNPU kritisiert die westliche Demokratie wegen ihrer egoistischen Werte. Die Menschenrechte hätten keine Priorität vor den Volksrechten. Angesichts der Degradierung der Menschheit habe die Ukraine eine besondere Mission zu erfüllen, um die "verfallene" weiße Rasse zu retten.<sup>32</sup> Als radikal-nationalistische Partei verfügt sie im Westen der Ukraine über eigene paramilitärische Verbände.

### **III. Die Wahlblöcke und Wahlvereinigungen der Parteien (Stand: August 1997)**

Fast jede größere Partei, die sich Chancen bei den Parlamentswahlen erhofft, bildet einen Wahlblock, in dem sie kleinere Parteien oder gesellschaftliche Vereinigungen der gleichen ideologischen Ausrichtung vereinigt.

#### *Linke Wahlblöcke:*

1. "Für die Rettung des Volkes der Ukraine" (KPU)
2. "Für Wahrheit, für Volk, für die Ukraine!" (SPU und BPU)

#### *Zentristische Wahlblöcke:*

3. "MOST" (Brücke) (VSDPU, PdA, DPU, gesellschaftlich-politische Vereinigung "Porozuminnja")
4. "Sozial-liberale Vereinigung" - "SLON" (Elefant) (IRB und UKDP sowie der "Club der Intelligenz")
5. "Neue Ukraine" (VDPU)

#### *Christlich-Demokratischer Wahlblock:*

6. Christlich-demokratischer Bund "Vorwärts, Ukraine!" (UCDP, CDPU von Šiškin-Stretovič, CLU, "Hromada", Abgeordnetengruppe "Reformen", Vereinigungen "Junge Ukraine" und "Christlich-demokratische Jugend der Ukraine" sowie der Fonds "Ukrainische Perspektive")

#### *National-Demokratischer Wahlblock:*

7. "Ruch für das Volk, für die Ukraine" (Ruch, Kongreß der ukrainischen Intelligenz, Vereinigung "Prosvita" und Allukrainischer Veteranenverband)

#### *Nationalistischer Wahlblock:*

8. "Nationale Front" (KUN, UKRP, URP, SUU und die Vereinigung "Ukraine". Diesem Block stehen auch die CDPU von Žuravskij und die NKPU nahe).

Bei den Parlamentswahlen im März 1998 können die fünf linken Parteien mit fast einem Drittel der Stimmen rechnen. Zur Anhängerschaft dieser Parteien gehören nicht nur Sowjet-

---

<sup>32</sup> Nezavisimaja gazeta, 28.12.1995, S. 3.

nostalgiker, sondern auch Protestwähler, die sich als Verlierer der neuen Entwicklung sehen. Das sind vor allem ältere Wähler, die aktiv und regelmäßig an den Wahlen teilnehmen. Die potentiellen Wähler der linken Parteien sind auch Anhänger der Idee eines slawischen Bundes (Rußland, Weißrußland und die Ukraine). Den Kurs auf die Wiedervereinigung der ehemaligen Sowjetrepubliken zu einer neuen Union unterstützten nach Angaben des soziologischen Dienstes "Sozis-Gallup" im Mai 1997 46% der Befragten in einer repräsentativen Umfrage.<sup>33</sup> Den Zerfall der Sowjetunion bedauerten im Juni 1997 51% der Respondenten, 11% antworteten, daß sie dies erst jetzt bedauerten.<sup>34</sup>

Ob die Vereinigung aller linken Kräfte zustande kommt, ist fraglich. Die PSPU beabsichtigt, keinem Wahlblock beizutreten. Die SPU wandte sich an die KPU und die BPU (Seljanska) mit dem Vorschlag, einen linken Wahlblock zu bilden, um die Mehrheit im zukünftigen Parlament zu gewinnen. Im Juni 1997 wurde der Wahlblock "Für Wahrheit, für Volk, für die Ukraine!" gebildet, der nur aus zwei linken Parteien besteht: der SPU und der BPU. Dieser Block, der sich als "linkszentristisch" bezeichnet und zum Sammelbecken der linken Opposition gegen den Präsidenten und seine Regierung werden soll, ist offen für andere Parteien, die linke und linkszentristische Positionen einnehmen (KPU, UPG, PdA, BKU, SDPU). Die KPU bildete einen eigenen Wahlblock "Für die Rettung des Volkes der Ukraine". Die Linken können auf eine breite Unterstützung der Wähler bauen. 39% der Befragten sind mit den Beziehungen der Ukraine zu Rußland unzufrieden, 49% sind der Meinung, daß Russisch in den ukrainischen Schulen ebenso wie Ukrainisch unterrichtet werden soll, 54% wollen die rußländischen Fernsehsender ORT und RTR sehen. Dies sind Ergebnisse einer soziologischen Untersuchung, die das Kiever Zentrum für politische Untersuchungen und Konfliktologie zusammen mit dem Zentrum für politische Technologien im April 1997 durchführte.<sup>35</sup>

Einige zentristische und sozialdemokratische Parteien bildeten den Wahlblock "MOST" (Brücke), in dem sich die VSDPU (Vasil' Onopenko), die PdA (Valentin Landik), die DPU (Volodimir Javorivskij), die gesellschaftlich-politische Vereinigung "Porozuminnja" (Verständigung) des ehemaligen Präsidenten Kravčuk und andere kleinere Parteien und Vereinigungen zusammenfanden. Dieser Parteienblock ist zentristisch orientiert und umfaßt die ganze Ukraine, weil die VSDPU in der Zentralukraine, die PdA im Osten des Landes und die DPU in Galizien aktiv sind. Bei den Parlamentswahlen rechnen die Blockteilnehmer mit einem Drittel der Wählerstimmen, weil sie eine politische Kraft darstellen, die in allen Regionen des Landes akzeptabel sei. Das Ziel des Wahlblocks "MOST" ist die Festigung eines unabhängigen, demokratischen Rechtsstaats und die Bekämpfung der antidemokratischen Kräfte (der Linken) in der Ukraine. Als potentielle Verbündete nennt der Wahlblock "MOST" die Vereinigung "Neue Ukraine" ("NU") und die Volksdemokratische Partei sowie die Liberalen und die Vereinigung "Ruch für das Volk, für die Ukraine".<sup>36</sup>

---

<sup>33</sup> Den', 30.5.1997, S. 1.

<sup>34</sup> Den', 26.6.1997, S. 1.

<sup>35</sup> Kievskie vedomosti, 7.6.1997, S. 4.

<sup>36</sup> Den', 23.4.1997, S. 2.

Im Juli 1997 wurde ein neuer zentristischer Wahlblock gebildet, die "Sozial-liberale Vereinigung" ("SLON"). Die neue Vereinigung, die von zwei Parteien (dem IRB von Hrincev und der UKDP von Zolotarev) sowie vom "Club der Intelligenz" mit dem ehemaligen Dissidenten Malinkovič an der Spitze gegründet wurde, präsentiert sich als Vertreterin des überwiegend russischsprachigen städtischen "Mittelstandes". Zu diesem "Mittelstand" werden Ingenieure, Techniker, Ärzte, Lehrer, Studenten, Wissenschaftler, Journalisten und Künstler sowie kleine Unternehmer und qualifizierte Arbeiter gezählt. Sie alle sind aufgrund ihrer Herkunft und Bildung überwiegend russischsprachig. Ziel der "SLON" ist: eine Gleichstellung des Russischen mit dem Ukrainischen zu erreichen, damit sich die Russen in der Ukraine nicht als "Menschen zweiter Klasse" fühlen. Die gegenwärtige Sprach-, Bildungs- und Medienpolitik, die die russische Kultur und Sprache für etwas Fremdes, "Ausländisches" erklärt, sei falsch und werde von den Menschen nicht akzeptiert. Mehr als 50% der Bevölkerung der Ukraine, insbesondere in den Großstädten, sind russischsprachig. Weitere Programmpunkte sind der föderalistische Staatsaufbau und die Regionalisierung der Wirtschaft. Die Co-Vorsitzenden der "SLON" sind V. Hrincev, V. Zolotarev und V. Malinkovič.<sup>37</sup> Die Vereinigung "SLON" tritt für eine ernsthafte strategische Partnerschaft mit Rußland in der Außenpolitik und für die Fortsetzung und Radikalisierung marktwirtschaftlicher Reformen in der Innenpolitik ein. Die Losungen von Kučma, mit denen er vor drei Jahren seinen Präsidentenwahlkampf geführt hatte, wurden nicht erfüllt. Sie werden jetzt bewußt von der "SLON" reanimiert. Mit diesem Programm will die "SLON" den Kommunisten im prorussischen Westen und Süden der Ukraine Konkurrenz machen und die Wähler ansprechen, die russophil sind, aber gegen den Kommunismus eintreten. Die Vereinigung "SLON" ist loyal gegenüber dem ukrainischen Staat, vertritt aber die Interessen der russischsprachigen Bevölkerung. Für Russisch als zweite offizielle Sprache in der ganzen Ukraine sind 35% der Befragten, 45% sind für die Einführung von Russisch als zweite offizielle Sprache nur in den Regionen, in denen sich die Mehrheit dafür ausspricht.<sup>38</sup>

Die zentristische Vereinigung der Politiker und Unternehmer für Reformen "Neue Ukraine" ("NU") – von L. Kučma, V. Hrincev, V. Filenko, V. Lanovyj, O. Emec u.a. gegründet – sammelte nach einer Periode der Bedeutungslosigkeit ihre Kräfte neu. Ende Juni 1995 fand in Kiev der IV. Kongreß der "NU" statt, der die tiefe Krise beendete. Der Präsident schickte nicht nur ein Begrüßungstelegramm an den Parteitag, sondern empfing auch eine Delegation der "NU" und billigte die Ziele der Vereinigung. Diese Ziele hat der Kongreß neu formuliert. Die "NU" strich die Forderung nach Föderalismus aus ihrem Programm und befürwortet jetzt einen Unitarstaat. Sie verzichtete auf die Zweisprachigkeit und erkennt jetzt lediglich Ukrainisch als Staatssprache an.

Auch nach dem Austritt der UKDP, der VSDPU und der SDPU aus der "NU" (kurz vor ihrem IV. Kongreß im Juni 1995) sowie der Fusion der PDWU und des AKU zur VDPU (Februar 1996) verlor die "NU" nicht an Einfluß. Im Gegenteil, ein Jahr vor den Parlamentswahlen erlebte die Vereinigung, die Präsident Kučma und seinen Reformkurs unterstützt, ihren zweiten

---

<sup>37</sup> Den', 12.7.1997, S. 4.

<sup>38</sup> Den', 11.7.1997, S. 1.

Frühling. Auf dem V. Kongreß der "NU" Mitte Februar 1997 hielt der ukrainische Präsident zum erstenmal eine Rede. Unter den Delegierten des Kongresses der "NU", die sich jetzt "volksdemokratische Vereinigung" nennt, befanden sich außer 47 Parlamentsabgeordneten auch der Bürgermeister von Kiev Oleksandr Omel'čenko, der ehemalige Wirtschaftsminister Jurij Echanurov, der Vorsitzende der ukrainischen Vereinigung von Industriellen und Unternehmern Anatolij Kinach, der Vorsitzende der Nationalbank der Ukraine Viktor Juščenko, die Gouverneure von Vinnizja Anatolij Matvienko, von Charkiv Oleg D'omin, der ehemalige Vize-Premier Viktor Pinsenik, der ehemalige erste Berater des Präsidenten und jetzige Stellvertretende Sekretär des Nationalen Sicherheitsrats der Ukraine Oleksandr Rasumkov, der damalige Stellvertretende Leiter der Präsidialadministration und jetzige Berater des Präsidenten Anatolij Hal'činskij und andere führende Politiker. Die "NU" (in der die VDPU dominiert) wird oft als "Partei der Macht" bezeichnet, da ihr viele hochrangige Staatsbeamte sowie einige Minister und Gebietsgouverneure angehören. Valerij Pustovoitenko, Mitglied des Politischen Rates der VDPU und der "NU", wurde von Kučma Mitte Juli 1997 zum Premierminister der Ukraine ernannt. Der Führer der "NU" Jevhen Kušnarev, der Chef der Präsidialadministration und Mitglied der VDPU ist, bezeichnete die KPU, die SPU und die BPU als politische Hauptgegner der "NU". Die VDPU beabsichtigt, eine zentristische Wahlkoalition mit der Ruch zu bilden. Als möglicher "Dritter im Bunde" wird die erst vor kurzem gegründete APU angesehen.<sup>39</sup>

Im April 1997 wurde eine neue Wahlvereinigung ins Leben gerufen: der Christlich-Demokratische Bund (CDB) "Vorwärts, Ukraine!". Mehrere Parteien fanden sich in diesem Bund zusammen: die UCDP, die CLU, die CDPU von Šiškin-Stretovič und die "Hromada". Dem Bund schlossen sich außerdem die Abgeordnetengruppe "Reformen", die Vereinigungen "Junge Ukraine" und "Christlich-demokratische Jugend der Ukraine" sowie der Fonds "Ukrainische Perspektive" an. Der Führer des CDB ist der Vize-Vorsitzende der Verchovna Rada Viktor Musijaka. Ziel des CDB ist die Bildung einer "demokratischen Opposition gegen den vom Staat verfolgten Reformkurs". Der Führer der Abgeordnetengruppe "Reformen" Serhij Sobolev glaubt, daß der CDB gegen die "Partei der Macht" kämpft, weil sie den Wählern eine falsche Alternative aufzuzwingen versucht: entweder die jetzige Regierung oder die Kommunisten. Um solche "Wahlen ohne Wahl" zu vermeiden, stelle der CDB eine echte demokratische Alternative zu den jetzigen Machthabern dar.<sup>40</sup>

Auf Initiative der Ruch fand Ende Januar 1997 in Kiev eine Allukrainische Versammlung statt, um vor den Parlamentswahlen einen Wahlblock der national-demokratischen Kräfte zu bilden. Außer der Ruch sind der "Kongreß der ukrainischen Intelligenz" unter Führung von Ivan Drač, die Vereinigung "Prosvita" mit Pavlo Movčan an der Spitze und der "Allukrainische Veteranenverband" unter Führung von Igor' Juchnovskij der neuen Wahlkoalition beigetreten. Wie der Ruch-Vorsitzende Vjačeslav Čornovil erklärte, ist das Ziel der Wahlvereinigung "Ruch für das Volk, für die Ukraine", nicht nur national-demokratische, sondern auch zentristische und liberale Kräfte zu vereinigen, um mindestens

---

<sup>39</sup> Nezavisimost', 18.2.1997, S. 1.

<sup>40</sup> Nezavisimost', 4.4.1997, S. 3.



ein Viertel der Sitze im neuen Parlament gewinnen und somit die stärkste Fraktion bilden zu können.<sup>41</sup> Die Wählerschaft der Ruch-Vereinigung kommt überwiegend aus der Zentralukraine und aus dem Westen des Landes, wo die Positionen der Rechten stark sind. Deshalb muß die Ruch an zwei Fronten kämpfen: gegen die Rechten im Westen und gegen die Linken im Osten. Die rechten Nationalisten bilden im Westen eine Front gegen die Ruch, die ihnen dort als einzige größere Partei Konkurrenz machen kann. Um den Kampf gegen die propräsidentischen Zentristen zu vermeiden, muß sich die Ruch deren Positionen annähern. Vor den Wahlen wird eine taktische Zusammenarbeit zwischen der Ruch und der DPU einerseits und der LPU und der VDPU andererseits immer wahrscheinlicher. Im Unterschied zu LPU und VDPU befindet sich die Ruch aber in "konstruktiver Opposition" zur Regierung. Deshalb hat sich die Partei geweigert, dem Politischen Rat beim Präsidenten beizutreten, wo sich propräsidentische Parteien versammelten.

Einige rechtszentristische politische Parteien – der KUN, die UKRP und die URP sowie die demokratische Vereinigung "Ukraine" – bildeten Anfang Januar 1997 eine politische Koalition. Ihre Ziele sind: Festigung der ukrainischen Staatlichkeit und Verteidigung der territorialen Integrität und Souveränität. Die Koalition fordert den unverzüglichen Abzug aller rußländischen Streitkräfte vom ukrainischen Territorium und die Demarkation der Grenze zu Rußland sowie deren Kontrolle.<sup>42</sup> Mit dem Beitritt der SUU Mitte Februar 1997 wurde die Koalition in "Nationale Front" ("NF") umbenannt.<sup>43</sup> Die Parteien, die die "NF" bilden, wollen ihre Identität bewahren und streben keine Parteienfusion an. Dieser Koalition stehen die CDPU von Žuravskij und die UNKP nahe. Die rechte "NF" darf auf die Mehrheit der Wählerstimmen im Westen der Ukraine rechnen und erhofft sich beachtliche Wahlergebnisse in der Zentralukraine.

Die Entstehung der "Nationalen Front", eines politischen Blocks der Rechten, der in "harter und kompromißloser Opposition" zum Präsidenten und zur Regierung steht, war durch die Radikalisierung der stärksten der rechtsgerichteten Parteien – der URP – und ihrer Annäherung an den KUN und an die UKRP möglich. Mit der Bildung der rechten, etatistisch ausgerichteten "NF" wird der linke Flügel ausbalanciert. Die "NF" versteht sich als "echte" Opposition zum Präsidenten im Unterschied zur "Operetten- oder Taschenopposition" der Ruch.<sup>44</sup>

#### **IV. Die Parteien und Fraktionen im ukrainischen Parlament**

Das ukrainische Parlament blieb 1996 unvollständig: von 450 Sitzen waren im Juli 1997 nur 414 besetzt.<sup>45</sup> Wie die neue Verfassung vorsieht, haben 354 Abgeordnete den Eid auf die Ukraine geleistet. 63 Abgeordnete (davon 57 Kommunisten) verweigerten bisher den Eid.<sup>46</sup>

---

<sup>41</sup> Vseukrainskie vedomosti, 22.1.1997, S. 3.

<sup>42</sup> Vseukrainskie vedomosti, 10.1.1997, S. 3.

<sup>43</sup> Vseukrainskie vedomosti, 18.2.1997, S. 3.

<sup>44</sup> Vseukrainskie vedomosti, 5.6.1996, S. 3.

<sup>45</sup> Die Liste der Abgeordneten in: Holos Ukrainy, 24.6.1997, S. 5.

<sup>46</sup> Nezavisimost', 26.11.1996.

Die Zahl der Abgeordneten blieb nicht konstant, weil 1995-1997 in einigen Wahlkreisen Nachwahlen stattgefunden haben. Außerdem haben einige Parlamentsabgeordnete ihre Mandate niedergelegt, weil sie Funktionen in der Exekutive wahrnahmen (wie z.B. der ehemalige Justizminister Serhij Holovatyj). 379 Volksvertreter sind Mitglieder von Fraktionen und Abgeordnetengruppen. 35 Abgeordnete gehören keiner parlamentarischen Fraktion oder Gruppe an.

Im Parlament wurde ein einflußreiches politisches Zentrum gebildet, bestehend aus National-Demokraten und Liberalen. Damit wird das anfängliche relative Übergewicht der Linken (Fraktionen der KPU, der SPU und der BPU) ausbalanciert. Das noch vor zwei Jahren schwache parlamentarische Zentrum besteht heute aus mehreren Fraktionen und Gruppen (Ruch und APU-Fraktion, die Abgeordnetengruppen "Verfassungszentrum", "Einheit", "Reformen" und "Unabhängige"), die die Annahme der Verfassung und einen Kompromiß mit dem Präsidenten ermöglichten.

Im ukrainischen Parlament waren im Juli 1997 vier Fraktionen und sieben Abgeordnetengruppen vertreten. Alle Abgeordnetengruppen sowie die Fraktionen der Ruch und APU sind reformorientiert. Lediglich die Fraktion der KPU und die vereinigte Fraktion der SPU und der BPU sind gegen marktwirtschaftliche Reformen. Weil die ukrainische Politik sehr personenbezogen ist, unterstützen die Fraktionen und Gruppen im Parlament unterschiedliche politische Akteure. Als "propräsidentisch" gelten im Parlament die Gruppe "Verfassungszentrum" und die "Interregionale Abgeordnetengruppe". Dem im Juni 1997 vom Präsidenten abgesetzten Premierminister der Ukraine P. Lazarenko standen die Fraktion der APU und die Abgeordnetengruppe "Einheit" nahe. Der Parlamentsvorsitzende O. Moroz kann sich der Unterstützung der linken Fraktionen (der KPU und der SPU-BPU) und der Abgeordnetengruppe "Wiedergeburt und Entwicklung des Agrar-Industriellen Komplexes" sicher sein. Die Fraktion der Ruch und die Abgeordnetengruppen "Reformen" und "Sozialmarktwirtschaftliche Wahl" balancierten zwischen Kučma und Lazarenko, ohne Partei für die eine oder andere Seite zu ergreifen.

Keine politische Partei oder Parteienkoalition hat im ukrainischen Parlament die Mehrheit. Da es keinen Fraktionszwang gibt, kann man die Resultate der Abstimmungen nicht vorhersehen. In vielen Fragen votiert die eine Hälfte der Fraktion anders als die andere. Abgeordnete, die von einer Fraktion zu einer anderen wechseln, sowie Fraktionslose beeinflussen die Abstimmungsergebnisse wesentlich. Der Prozeß der Parteienbildung geht auch im Parlament weiter. Nicht nur Parteien bilden eigene Parlamentsfraktionen (die KPU, die SPU-BPU oder die Ruch). Aus den schon existierenden Fraktionen und Abgeordnetengruppen können neue Parteien entstehen (die APU aus der Fraktion "Agrarier für Reformen" oder die PRO aus der Abgeordnetengruppe "Reformen").

Da die Abgeordneten ihre Fraktionen und Gruppen oft verlassen und ihre Sympathien wechseln, bereitet die Entstehung einer neuen Parlamentsfraktion oder Gruppe den schon bestehenden Gebilden Probleme. Nach der innerparlamentarischen Geschäftsordnung muß eine Fraktion oder eine Abgeordnetengruppe mindestens 25 Deputierte vereinigen. Kurz nach der Gründung der Abgeordnetengruppe "Wiedergeburt und Entwicklung des Agrar-Industriellen

Komplexes" ("WEAIK") Mitte Juni 1997 hatten gleich drei Abgeordnetengruppen ("Interregionale Abgeordnetengruppe" ("IAG"), "Sozial-marktwirtschaftliche Wahl" ("SMW") und "Unabhängige" und eine Fraktion (der APU) kurzfristig je 24 Mitglieder, da einige Abgeordnete diese Gruppen verließen. Die Fraktion der APU und die Abgeordnetengruppe "Unabhängige" konnten sehr schnell ihre "Verluste" ersetzen und verfügten schon wenige Tage später über je 25 Mandate. Ihnen folgte Anfang Juli 1997 die Gruppe "IAG". Lediglich die Gruppe "SMW" blieb akut gefährdet und hatte Probleme, die Mindestzahl von Mitgliedern zu erreichen.

Die Gründe, aus denen die Abgeordneten so häufig Fraktionen und Abgeordnetengruppen im Parlament wechseln, sind vielfältig. Besonders instabil sind die Abgeordnetengruppen, sie sind sehr bunt und bestehen aus Vertretern mehrerer Parteien oder Parteilosern. Die Fraktionen hingegen setzen sich fast ausschließlich aus Parteimitgliedern zusammen und weisen deshalb mehr Stabilität auf. Trotzdem sind auch sie vor Erschütterungen nicht sicher, da die parteiinternen Auseinandersetzungen zu Austritten oder Ausschlüssen aus der Fraktion führen können. Häufig tragen nicht ideologische Auseinandersetzungen, sondern eher persönliche Rivalitäten und taktische Überlegungen zur Instabilität der Abgeordnetengruppierungen bei. Im "Überlebenskampf", den viele Abgeordnetengruppen permanent führen müssen, werden "Überläufer" ohne Hemmungen angeworben und so dreht sich das Karussell immer weiter. Darüber hinaus gibt es neben "objektiven" Ursachen für den Fraktionswechsel, wie z.B. Meinungsverschiedenheiten oder Ablehnung der Fraktionslinie, auch "subjektive", die in der elementaren Prinzipienlosigkeit und im "Pragmatismus" einiger Abgeordneten ihren Ausdruck finden.

Im ukrainischen Parlament sind folgende Fraktionen und Abgeordnetengruppen vertreten (Stand: August 1997):

1. Die Fraktion "Kommunisten der Ukraine für soziale Gerechtigkeit und Volksmacht" (KPU, 78 Mitglieder) ist die mit Abstand stärkste Fraktion im Parlament. Mit der Verabschiedung der neuen Verfassung durch das Parlament mußte die KPU-Fraktion aber eine Schlappe hinnehmen. Ungeachtet der strikten Ablehnung der Verfassung durch die Parteiführung stimmten mehrere kommunistische Abgeordnete für ihre Annahme. Dies führte zum Ausschluß von fünf "ungehorsamen" Parlamentsabgeordneten aus der Partei und aus der Fraktion. Die Parteiführung unter Petro Simonenko, der zugleich Führer der KPU-Fraktion ist, tritt gegen die Versuche ein, "die kommunistischen Positionen den sozialdemokratischen anzunähern und den Weg des Opportunismus und der Anpassung an die volksfeindliche Macht und ihre Politik einzuschlagen".<sup>47</sup> Die Zahl der KPU-Abgeordneten verringerte sich auch deshalb, weil einige zur Verstärkung anderer Gruppen "abkommandiert" wurden (z.B. der SPU-BPU oder bei der Gründung der Gruppe "WEAIK").

2. Die Vereinigte Fraktion der Sozialistischen Partei und der Bauernpartei (Sel'janska) der Ukraine (SPU-BPU, 34 Mitglieder) entstand Anfang April 1997. Diese linke Fraktion wird von den beiden Co-Vorsitzenden Ivan Čiž von der SPU und Serhij Dovgan' von der

---

<sup>47</sup> Kievskie vedomosti, 20.5.1997, S. 4.

BPU geführt. Die Vereinigung der Parlamentsfraktionen (genauer gesagt, der Reste dieser Fraktionen) bedeutete nicht die Vereinigung der Parteien, obwohl ihre Wahlprogramme viel Gemeinsames aufweisen. Außerdem bilden die SPU und die BPU einen gemeinsamen Wahlblock. Beide Parteien lehnen das Privateigentum an Grund und Boden kategorisch ab und stehen in Opposition zur Regierung.

Die Fraktion der BPU entstand Anfang 1996 nach der Spaltung der Fraktion "Agrarier der Ukraine" ("AU"). Da schon nach wenigen Monaten einige Mitglieder der "Fraktion der BPU" zu anderen Fraktionen und Gruppen wechselten, stand sie im Frühjahr 1997 kurz vor der Auflösung. Der Sozialistischen Fraktion fehlten auch die Mitglieder, nachdem die Anhänger der PSPU aus der Fraktion und der Partei ausgeschlossen worden waren.

3. Die Fraktion "Die Volksbewegung Ruch gegen Kommunismus, Imperialismus und Mafia, für Staatlichkeit, Demokratie und Reformen" (Ruch, 26 Mitglieder) ist außerordentlich stabil und einheitlich. Den Kern der Fraktion bilden die Mitglieder der Ruch. Die Fraktion wird vom Ruch-Vorsitzenden Vjačeslav Čornovil geführt.

4. Fraktionsführerin der Agrarpartei der Ukraine (APU, 27 Mitglieder) ist Katerina Vaščuk, die zugleich APU-Vorsitzende ist. Die Fraktion "Agrarier der Ukraine" ("AU"), in der die linke BPU dominierte, spaltete sich im Juni 1995 wegen der Verabschiedung des Verfassungsvertrags. Einige zentristisch orientierte Abgeordnete, die mit der reformfeindlichen Position der Fraktion und der BPU nicht einverstanden waren, sind aus der Fraktion "AU" ausgetreten. Dies führte zur Bildung einer zweiten Agrarfraktion im Parlament – "Agrarier für Reformen" ("AR"). Auf der Basis dieser Fraktion formierte sich im Herbst 1996 eine neue Partei – Agrarpartei der Ukraine (APU). Sie heißt jetzt "Fraktion der APU".

5. Die Abgeordnetengruppe "Sozial-marktwirtschaftliche Wahl" ("SMW", 24 Mitglieder) wurde als "Fraktion" im Februar 1996 gegründet. Den Kern dieser Gruppe, die bei der Gründung noch 31 Mitglieder hatte, bilden die Mitglieder der Liberalen Partei der Ukraine (LPU). Durch den Beitritt des ehemaligen Premierministers Jevhen Marčuk zur Parlamentsgruppe (nicht zur Partei) im September 1996 wurde sie gestärkt. Kurz darauf wurde er zum Führer dieser Gruppe gewählt. Zur "SMW" gehören drei weitere "Ehemalige": Der Ex-Gouverneur des Donec'k-Gebiets Volodimir Ščerban', Ex-Premier Vitalij Masol und Ex-Finanzminister Petro Hermančuk. Diese Gruppe, die zur politischen Mitte gehört, hatte im Sommer 1997 Existenzprobleme; ihr gehören nur 24 Mitglieder an.

6. Die Abgeordnetengruppe "Verfassungszentrum" (56 Mitglieder) ist die zweitgrößte Gruppierung im Parlament. Im Sommer 1996 kam es zu einer Krise in der Abgeordnetengruppe "Staatlichkeit", in der die URP-Mitglieder einen aktiven Kern bildeten. Der Grund waren innerparteiliche Auseinandersetzungen um den neuen strategischen Kurs der Parteiführung. Etwa die Hälfte der Mitglieder der URP verließ diese Gruppe, die sie als "propräsidentisch" bezeichnete.<sup>48</sup> Die restlichen Mitglieder der Abgeordnetengruppe "Staatlichkeit" haben sich im September 1996 mit der Gruppe "Zentrum" vereinigt und somit die neue Gruppe "Verfassungszentrum" ("VZ") gebildet, die für den Präsidenten eine zuverlässige Stütze im Parlament

---

<sup>48</sup> Kievskie vedomosti, 12.6.1996, S. 3.

ist. Die Gruppe "VZ" leitet Michailo Sirota, der Vize-Vorsitzende der VDPU, die in dieser Abgeordnetengruppe dominiert.

7. Die Abgeordnetengruppe "Reformen" (30 Mitglieder) vereinigt Mitglieder unterschiedlicher Parteien. Šiškin und Stretovič leiten eine der beiden Christlich-Demokratischen Parteien, El'jaškevič gehört der Partei "Hromada" an, Lanovyj war noch vor kurzem der LPU-Führer, Pinzenik und Omel'cenko gründeten die PRO. Die Gruppe "Reformen" wird von Serhij Sobolev geleitet, der zu den Mitbegründern der PRO gehört.

8. Die Abgeordnetengruppe "Einheit" (31 Mitglieder) büßte an Einfluß ein, nachdem ihr Mitglied, Premierminister Pavlo Lazarenko, sein Amt verlor. Ende August 1997 wurde er zum Vorsitzenden dieser Gruppe gewählt.

9. Die "Interregionale Abgeordnetengruppe" ("IAG", 25 Mitglieder) steht dem IRB von Volodimir Hrincev nahe. Vorsitzender ist Gennadij Samofalov.

10. Die Abgeordnetengruppe "Unabhängige" (25 Mitglieder) besteht aus parteilosen Abgeordneten. Ihr Vorsitzender ist Vadim Get'man.

11. Die Abgeordnetengruppe "Wiedergeburt und Entwicklung des Agrar-Industriellen Komplexes" ("WEAIK", 23 Mitglieder) wurde im Juni 1997 von einigen Mitgliedern der Bauernpartei (Seljanska), der Agrarpartei, der KPU und parteilosen Abgeordneten gegründet. Zum ersten Mal wurde somit eine Abgeordnetengruppe von Vertretern der Parteien, die schon ihre eigenen Fraktionen im Parlament haben, ins Leben gerufen. Nur wenige Wochen nach der Gründung verlor die Gruppe "WEAIK" einige Abgeordnete. Ihre Mitgliederzahl fiel somit unter die Mindestzahl. Der Vorsitzende der Gruppe ist Jevhen Čulakov.

Zu den fraktionslosen Abgeordneten gehören die Führer vieler Parteien: Buzdugan (SDPU), Vitrenko und Marčenko (PSPU), Vitovič und Tima (UNA), Moroz (SPU), Stec'ko (KUN), Hmara (UKRP), Jarošinskij, Luk'janenko und Šandrjuk (URP). Alle diese Parteien haben im Parlament zu wenig Abgeordnete für eine eigene Fraktion. Die einzige Ausnahme bildet die SPU. Moroz, der SPU-Vorsitzende ist, trat der SPU-Fraktion nicht bei, um seine "Unabhängigkeit" und "Unparteilichkeit" als Parlamentsvorsitzender zu demonstrieren. Bei einem Beitritt zur SPU-Fraktion wäre er wohl auch zum Fraktionsführer gewählt worden (Parteiführer sind in der Regel auch Fraktionsführer, siehe KPU, APU oder die Ruch) und hätte so drei Ämter gleichzeitig bekleidet (als Partei-, Fraktions- und Parlamentsvorsitzender).

## **V. Die Reform des Wahlsystems und die politischen Parteien**

Die Reformierung des politischen Systems der Ukraine war auch ein Jahr nach der Verabschiedung der Verfassung nicht abgeschlossen. Das wichtige Gesetz "Über die Wahlen" ist erst ein halbes Jahr vor den Parlamentswahlen verabschiedet worden. So blieben die politischen Parteien in der Ukraine auch 1996 ohne großen Einfluß auf die Politik. Zwar wurde Ende Februar 1997 ein Politischer Rat beim Präsidenten gebildet, der die Positionen der politischen Parteien in seiner Arbeit berücksichtigen soll. Aber die realen Einflußmöglichkeiten auf die Exekutive und die Personalpolitik des Präsidenten der im Politi-

schen Rat repräsentierten Parteien (mit Ausnahme der VDPU) sind gering. Dem Politischen Rat gehören die Führer von neun ukrainischen politischen Parteien zentristischer Ausrichtung an: des IRB, der APU, der UPG, der Grünen, der PdA, der VDPU, der VSDPU, der LPU und der DPU.<sup>49</sup> Die drei größten ukrainischen Parteien (KPU, SPU und die Ruch) sowie die Rechten haben ihre Mitarbeit im Politischen Rat verweigert.

Das Gesetz "Über die politischen Parteien" wird noch im Parlament erörtert. Bis dahin gilt das Gesetz "Über die Bürgervereinigungen", wonach nur jene politischen Parteien in der Ukraine zugelassen sind, die gesamtukrainischen Status besitzen. Der Präsident der Ukraine stützte sich auf dieses Gesetz und hob das der Autonomen Republik Krim (ARK) "Über die Bürgervereinigungen", das die Existenz der regionalen Krim-Parteien begründete, auf.<sup>50</sup> In der ARK waren fast 20 Parteien und Bürgerorganisationen tätig, die in ihrer Mehrheit prorussisch und links orientiert sind: die Republikanische Partei der Krim – Republikanische Bewegung der Krim, die Russische Partei der Krim, die Krim-Partei, die Kommunistische Partei der Krim, die Partei der Wirtschaftlichen Wiedergeburt der Krim, die Russische Gemeinde der Krim, der Ukrainische Bürgerkongreß der Krim u.a. Sie müssen jetzt entweder gesamtukrainische Strukturen aufbauen oder sich den schon existierenden politischen Parteien anschließen.

Das neue Gesetz "Über die Wahlen der Volksdeputierten der Ukraine" wurde am 5. März 1997 mit 232 Stimmen vom Parlament in erster Lesung angenommen.<sup>51</sup> Das Gesetz sollte das Wahlsystem neu regeln: das komplizierte Mehrheitswahlrecht wird durch ein gemischtes Wahlrecht ersetzt. Es sieht unter anderem vor, das zukünftige Parlament nach dem Mehrheits- und Verhältniswahlsystem zu wählen. 50% der 450 Abgeordneten werden nach Parteilisten gewählt, die anderen 50% kommen als Direktkandidaten in den Wahlkreisen ins Parlament. Die zweite prinzipielle Änderung betrifft die Wahlbeteiligungsgrenze, die abgeschafft werden soll. Das alte Wahlgesetz sah eine Wahlbeteiligung von mindestens 50% vor. Die geringe Wahlbeteiligung führte dazu, daß das ukrainische Parlament während der gesamten Legislaturperiode (vier Jahre) unvollständig blieb. Um in seinem Wahlkreis gewählt zu werden, braucht ein Kandidat jetzt nicht mehr die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen (50% + 1), sondern nur die relative Mehrheit im Vergleich zu seinen Rivalen. Die politischen Parteien und Wahlblöcke müssen 4% der Wählerstimmen erhalten, um ins Parlament einziehen zu können. Diese 4%-Hürde soll die kleineren Parteien, die im Alleingang keine Chance haben, veranlassen, Wahlkoalitionen zu bilden. Um zur Wahl zugelassen zu werden, müssen die einzelnen Kandidaten 2.000 und die politischen Parteien 200.000 Unterschriften sammeln. Ein Kandidat für die direkte Wahl kann sich auch auf die Parteiliste setzen lassen, um so seine Chancen zu vergrößern. Für die finanzielle Unterstützung der Kandidaten gibt es keine Obergrenze. Das kann zum Wettbewerb der Geldbeutel und zur Finanzierung der Parteien aus der "Schattenwirtschaft" führen.

---

<sup>49</sup> Pravda Ukrainy, 27.2.1997, S. 2.

<sup>50</sup> Ofizijnyj visnyk Ukrainy, 1997, N° 16, S. 19.

<sup>51</sup> Vseukrainskie vedomosti, 8.3.1997, S. 2.

Alle acht Wahlblöcke haben Chancen bei den Parlamentswahlen: Die 4%-Hürde dürfte für sie kein großes Hindernis sein. Die zwei linken Wahlblöcke können zusammen mit 30-35% der Stimmen rechnen. Die drei zentristischen Wahlblöcke bekommen vermutlich 15-20%, der Christlich-Demokratische Wahlblock kommt auf etwa 5-10%, die Ruch-Wahlkoalition auf 15-20%, und die Rechtskoalition wird voraussichtlich 10-15% der Stimmen sammeln. Diese Prognose stützt sich auf die gegenwärtige Krätekonstellation und müßte korrigiert werden, falls neue Koalitionen entstehen sollten oder es zu einer Vereinigung von Wahlblöcken kommt.

Die notwendige Reform des Wahlsystems wurde aber bis zum Herbst 1997 gestoppt. Das Gesetz "Über die Wahlen" ist vom Parlament vor der Sommerpause nicht verabschiedet worden. Am 18. Juni 1997 scheiterte es zum achten Mal im Parlament. Die propräsidentische Abgeordnetengruppe "Verfassungszentrum" und die dem ehemaligen Premierminister Lazarenko nahestehende Gruppe "Einheit" sowie "Unabhängige" blockierten das neue Wahlgesetz, weil sie befürchteten, daß das Misch-Wahlsystem den linken Parteien Vorteile bringt. Die Bildung einer klaren Parteienmehrheit im Parlament ist nicht im Interesse des Präsidenten, weil dadurch die Legislative als ganzes gestärkt würde. Der Präsident müßte dann dem Parlament einen Kandidaten für das Amt des Premierministers aus den Reihen der parlamentarischen Mehrheit vorschlagen. Gegenüber einem nicht strukturierten Parlament, in dem es keine konstruktive Mehrheit und keinen Fraktionszwang gibt und die Abgeordneten sich selbst vertreten und sehr oft ihre politischen Ansichten und Fraktionen wechseln, hat der Präsident eine bessere Position.

Bei den Feierlichkeiten anläßlich des ersten Jahrestages der Verabschiedung der neuen Verfassung am 27. Juni 1997 erklärte sich Kučma bereit, den Vorschlag über die Verlängerung der Legislaturperiode der Verchovna Rada um ein Jahr zu berücksichtigen, wenn das Parlament diese Zeit zur Verabschiedung von notwendigen Gesetzen, die die Wirtschaftsreformen vorantreiben sollen, nutzt. Außerdem hat sich Kučma dafür ausgesprochen, dem Präsidenten in Zukunft verfassungsmäßig das Recht einzuräumen, entweder im Alleingang den Haushalt zu bestätigen, wenn das Parlament und die Regierung keinen Kompromiß finden können, oder das Parlament aufzulösen.<sup>52</sup> Die Realisierung der beiden Vorschläge Kučmas würde eine Stärkung des Präsidenten und eine Schwächung des Parlaments bedeuten. Dazu bedarf es einer Verfassungsänderung, die nur mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament möglich ist.

Die Parlamentsabgeordneten der Fraktionen jener Parteien, die sicher über Parteilisten ins neue Parlament kommen (das sind vor allem die KPU, die SPU-BPU und die Ruch), reagierten ablehnend auf den Vorstoß des Präsidenten. Die anderen (vor allem die Vertreter der kleineren Parteien und Parteilose) neigen dazu, die Verfassung zu ändern und somit die eigene Abgeordnetenzeit um ein Jahr zu prolongieren.

Die Reform des Wahlsystems wurde von den Anhängern des Präsidenten im Parlament, die eine Verlängerung ihrer Legislaturperiode um ein Jahr erreichen wollen, an eine Verfassungs-

---

<sup>52</sup> Kievskie vedomosti, 1.7.1997, S. 2.

änderung geknüpft. Das Wahlgesetz wurde somit mit den vom Präsidenten vorgeschlagenen Verfassungskorrekturen zu einem "Paket" geschnürt. Dies entsprach den Interessen des Präsidenten, der die im März 1998 anstehenden Parlamentswahlen verschieben wollte.

Das Parlament ging nach dem Vorstoß Kučmas in die Gegenoffensive und kündigte an, nicht die von Kučma vorgeschlagene Verfassungsnovellierung zu erörtern, sondern eigene Korrekturen des Grundgesetzes vorzunehmen. Sie sind in einem Gesetzentwurf "Über die Änderung der Verfassung der Ukraine" zusammengefaßt und haben das Ziel, die Vollmachten des Präsidenten drastisch zu reduzieren und die des Parlaments wesentlich zu erweitern. Es handelte sich unter anderem um den Vorschlag, nach dem der Präsident nicht nur bei der Ernennung eines neuen Premierministers, sondern auch bei dessen Entlassung die Zustimmung des Parlaments hätte einholen müssen. Einem anderen Vorschlag zufolge sollte das Verfassungsgericht sein Recht, in Zweifelsfällen die Verfassung zu interpretieren und zu deuten, der Verchovna Rada überlassen. Der dritte Vorschlag sah vor, daß ein spezielles Gesetz die Vollmachten und Pflichten des Präsidenten regeln sollte. Der Parlamentsvorsitzende Moroz begründete die notwendigen Korrekturen der Verfassung damit, daß das Grundgesetz ein Jahr nach seiner Verabschiedung schon 27 Widersprüche enthalte. Vor allem sollte das Verfahren zur Überwindung des Präsidentenvetos durch die Verchovna Rada vereinfacht werden.<sup>53</sup>

Ein von dieser Auseinandersetzung zwischen Parlament und Präsident geprägter politischer Herbst, der zu erwarten war, blieb aber aus. Die Frage einer Verfassungsänderung ist jetzt vom Tisch, da am 24. September 1997 die Abgeordneten mit einfacher Mehrheit (226 Stimmen) zunächst für das gemischte Wahlsystem und gleich danach mit 230 Stimmen für das Gesetz "Über die Wahlen" als Ganzes votierten.<sup>54</sup> Der Prozeß der Verabschiedung des Gesetzes und seine Umstände sind ein krasses Beispiel für die Arbeit des ukrainischen Parlaments. In der Sitzung am 24. September 1997 brauchten die Abgeordneten mehrere Anläufe, um die nötige Mehrheit zu bekommen: Dank der Hartnäckigkeit des Parlamentvorsitzenden Moroz, der die Abgeordneten acht Mal abstimmen ließ (bei jeder neuen Abstimmung erhöhte sich die Zahl der Ja-Stimmen: 216, 219, 222 usw.) und in den Sitzungspausen alle Register zog, kam die Mehrheit für das langerwartete Wahlgesetz zustande. Neben Moroz spielten zwei ehemalige Premierminister der Ukraine und jetzige Abgeordnete, Marčuk und Lazarenko, durch ihren Einsatz für das Gesetz eine entscheidende Rolle. Allen drei werden im übrigen Ambitionen für das Präsidentenamt nachgesagt. Die Kontroversen um die Verfassungsänderungen waren von beiden Seiten (Parlament und Präsident) nur taktische Manöver und lediglich ein Druckmittel in der Diskussion um das Wahlgesetz. Bis zu nächsten Parlamentswahlen ist eine neue Verfassungsdiskussion nicht zu erwarten.

---

<sup>53</sup> Vseukrainskie vedomosti, 22.7.1997, S. 2.

<sup>54</sup> Den', 25.9.1997, S. 1.



## Fazit

Das neue Wahlsystem soll die Entwicklung der Parteien stimulieren und zur Strukturierung des Parlaments beitragen. Die Verzögerung bei der Verabschiedung des Gesetzes über die politischen Parteien verlangsamte die Entwicklung zu einem stabilen Mehrparteiensystem in der Ukraine. Das Fehlen einer "civil society" und einer Mittelklasse trägt dazu bei, daß die politischen Parteien keinen großen Rückhalt in der Bevölkerung haben und sehr labil sind. Die meisten der über 40 politischen Parteien in der Ukraine bleiben Pseudoparteien, die stark von der Persönlichkeit eines Führers abhängig sind.

Die Bedeutung der Parteien im innenpolitischen Leben der Ukraine ist sehr gering. Die Parteien haben kaum Einflußmöglichkeiten auf die Exekutive und auf die Personalpolitik des Präsidenten. Die ukrainische Politik wird von Clans und Gruppierungen bestimmt, die im Finanz- und Bankenwesen dominieren und den Rohstoffhandel kontrollieren.

*Tabelle 1*

### *Fraktionen und Abgeordnetengruppen im ukrainischen Parlament*

	<i>Jan. 1995</i>	<i>März 1995</i>	<i>Sept. 1995</i>	<i>Mai 1996</i>	<i>Juni 1996</i>	<i>Juli 1996</i>	<i>Okt. 1996</i>	<i>Juni 1997</i>	<i>Juli 1997</i>
Kommunisten der Ukraine für soziale Gerechtigkeit und Volksmacht (KPU)	91	90	89	87	87	87	88	78	78
Sozialisten (SPU), seit April 1997: Vereinigte Fraktion der SPU und der BPU	31	28	25	28	28	26	26	34	34
Agrarier der Ukraine (BPU) bis Juni 1995	36	51	29	–	–	–	–	–	–
Bauernpartei (BPU)	–	–	–	25	25	25	25	–	–
Agrarier für Reformen (seit Juni 1995 bis Herbst 1996). Seit Dezember 1996: Fraktion der APU	–	–	26	25	25	25	25	25	27
Wiedergeburt und Entwicklung des Agrar- Industriellen Komplexes, seit Juni 1997 einige Mitglieder der BPU, APU, KPU	–	–	–	–	–	–	–	26	23
Ruch	27	27	28	29	29	28	28	26	26
Zentrum, seit September 1996 Verfassungszentrum (VDPU)	38	37	30	28	29	28	26	56	56
Staatlichkeit	38	28	28	29	29	25	25	–	–
Reformen (PRO)	31	36	32	31	31	30	29	30	30
Einheit	37	34	34	28	28	28	28	31	31
Interregionale Abgeordnetengruppe (IRB)	33	32	32	26	26	29	28	24	25
Unabhängige	–	–	26	26	26	25	24	25	25
Sozial-marktwirtschaftliche Wahl (LPU), seit Februar 1996	–	–	–	26	26	26	26	24	24
Fraktionslose	43	37	26	27	28	33	39	35	35
Insgesamt	405	400	405	415	417	421	417	414	414

*In Klammern die stärkste Partei in der jeweiligen Abgeordnetengruppe*

Tabelle 2

## Politische Parteien der Ukraine

	Ab- kürzung	Name der Partei	Vorsitzender	Politische Orien- tierung <sup>1</sup>	Bedeutung der Partei <sup>2</sup>	Mitgliederzahl	Gründungs- datum
1	APFI	Allukrainische Partei der Fraueninitiativen	V. Dazenko	Z	V	k.A.	Aug. 1997
2	APU	Agrarpartei der Ukraine	K. Vaščuk	Z	III	k.A.	Dez. 1996
3	APW	Allukrainische Partei der Werktätigen	L. Vernigora	LZ	IV	k.A.	April 1997
4	BKU	Bürgerkongreß der Ukraine	O. Basiluk	LZ	II	ca. 7.000	Mai 1992
5	BPU	Bauernpartei (Seljanska) der Ukraine	S. Dovgan'	L	I	k.A.	Jan. 1992
6	CDPU	Christlich-Demokratische Partei der Ukraine	V. Žuravskij	C-D	II	ca. 13.000	Juni 1992
7	CDPU	Christlich-Demokratische Partei der Ukraine	V. Šiškin	C-D	II	k.A.	Sept. 1996
8	CLU	Christlich-Liberale Union	I. Stepanjuk	C-D	V	k.A.	k.A.
9	DPU	Demokratische Partei der Ukraine	V. Javoriv's'kij	N-D	II	ca. 5.000	Dez. 1990
10	IRB	Interregionaler Reformblock	V. Hrinev	Z	III	ca. 2.600	Dez. 1994
11	KPU	Kommunistische Partei der Ukraine	P. Simonenko	L	I	ca. 140.000	Juni 1993
12	KUN	Kongreß der Ukrainischen Nationalisten	J. Stec'ko	R	II	ca. 14.000	Okt. 1992
13	LDPU	Liberal-demokratische Partei der Ukraine	V. Klimčuk	Z	IV	ca. 3.000	Nov. 1990
14	LPU	Liberale Partei der Ukraine	V. Ščerban'	Z	II	k.A.	Sept. 1991
15	OUN	Organisation der Ukrainischen Nationalisten	M. Plav'juk	R	IV	k.A.	k.A.
16	PdA	Partei der Arbeit	V. Landik	Z	II	ca. 30.000	Dez. 1992
17	PFBU	Partei der Freien Bauern der Ukraine	V. Hordienko	Z	V	ca. 1.000	Febr. 1993
18	PGU	Partei der Grünen der Ukraine	V. Kononov	Z	IV	ca. 6.000	April 1990
19	PGWSF	Partei d. Geistigen, Wirtsch. u. Soz. Fortsch.	I. Burdak	LZ	V	k.A.	k.A.
20	PH	Partei "Hromada"	P. Lazarenko	Z	II	ca. 17.000	Dez. 1993
21	PKBU	Partei d. Kommunisten der Ukraine (Bol'shev.)	E. Ojaperv	L	IV	k.A.	k.A.
22	PMU	Partei der Moslems der Ukraine	R. Bragin	Z	IV	k.A.	Sept. 1997
23	PRO	Partei "Reformen und Ordnung"	V. Pinzenik	Z	III	k.A.	Juli 1997
24	PSEU	Partei der Slawischen Einheit der Ukraine	O. Bachtijarov	LZ	III	ca. 3.000	Juli 1993
25	PSPU	Progressive Sozialistische Partei d. Ukraine	N. Vitrenko	L	II	k.A.	Mai 1996
26	PVV	Partei der Vaterlandsverteidiger	V. Kolomijzev	Z	IV	ca. 2.800	Juli 1997
27	Ruch	Volksbewegung der Ukraine Ruch	V. Čornovil	N-D	I	ca. 60.000	Sept. 1989
28	SDPU	Sozialdemokratische Partei der Ukraine	J. Buzdugan	Z	III	ca. 3.500	Mai 1990
29	SNPU	Sozial-Nationale Partei der Ukraine	J. Andruš'kiv	U-R	IV	k.A.	1991
30	SPU	Sozialistische Partei der Ukraine	O. Moroz	L	I	ca. 34.000	Okt. 1991
31	SUU	Partei "Staatliche Unabhängigkeit d. Ukraine"	R. Koval'	R	III	ca. 1.800	April 1990
32	UCDP	Ukrainische Christlich-Demokratische Partei	O. Sergienko	C-D	IV	k.A.	Jan. 1989
33	UDBU	Ukrainische Demokratische Bauernpartei	M. Škarban	N-D	IV	ca. 6.000	Juni 1990
34	UKDP	Ukrainische Konstitut.-Demokratische Partei	V. Zolotarev	Z	IV	ca. 1.000	Mai 1991
35	UKRP	Ukrainische Konservative Republik. Partei	S. Hmara	R	II	ca. 3.000	Juni 1992
36	UNA	Ukrainische Nationale Versammlung	O. Vitovič	U-R	III	ca. 8.000	1991
37	UNKP	Ukrainische National-Konservative Partei	O. Soskin	R	IV	ca. 1.000	Juni 1992
38	UPdB	Ukrainische Partei der Bierliebhaber	V. Jermakov	Z	V	ca. 1.500	April 1992
39	UPG	Ukrainische Partei der Gerechtigkeit	S. Červonopiskij	LZ	II	k.A.	k.A.
40	UPSSG	Ukrain. Partei d. Solidar. u. d. Soz. Gerechtigg.	E. Lašutin	LZ	V	k.A.	Juli 1993
41	URCP	Ukrain. Republikanische Christliche Partei	M. Porovskij	N-D	II	ca. 5.400	Mai 1997
42	URP	Ukrainische Republikanische Partei	B. Jarošinskij	R	I	ca. 14.000	April 1990
43	VDPU	Volksdemokratische Partei der Ukraine	A. Matvienko	Z	I	ca. 14.000	Febr. 1996
44	VPU	Volkspartei der Ukraine	L. Taburjanskij	Z	V	k.A.	Sept. 1990
45	VSDPU	Vereinigte Sozialdemokr. Partei der Ukraine	V. Onopenko	Z	II	ca. 15.000	April 1996

<sup>1</sup> Z = Zentrum, LZ = Linkes Zentrum, L = Linke, C-D = Christ-Demokraten, R = Rechte, N-D = National-Demokraten, U-R = Ultra-Rechte

<sup>2</sup> I = große Partei, II = bedeutende Partei, III = kleine Partei, IV = unbedeutende Partei, V = "Phantompartei"



**Alexander Ott**

## **The Political Parties in Ukraine in the Lead-up to the Parliamentary Elections**

Bericht des BIOst Nr. 45/1997

### **Summary**

#### *Introductory Remarks*

The parliamentary elections due to be held in March 1998 will be the first since the adoption of the new Constitution and will thus put Ukrainian democracy and the multi-party system to the test. The political parties have for some time been in the throes of an electoral fever that is dominating their strategy. The electoral marathon in Ukraine got under way in early 1997, a year before the scheduled elections, and this has vitalised the party landscape. Almost every month sees the birth of new parties and coalitions, many of them with only one aim: to get into parliament. This makes it very likely that these alliances are instable and could fall apart after the elections.

#### *Findings*

1. The political parties in Ukraine can be classified into seven blocs on the basis of their ideological programmes and objectives: the left (5 parties), the centre-left (6 parties), the centre (18 parties), the Christian Democrats (4 parties), the National Democrats (4 parties), the right (6 parties), and the ultra-right (2 parties). New parties are constantly being formed, often with the same name but with a different leadership. In Ukraine today there are two Communist Parties, two Socialist Parties, two Social Democratic Parties, four Peasants' or Agrarian Parties, several Christian Democratic Parties, a few Republican and Democratic Parties.
2. Two thirds of the 45 political parties are small to miniature parties of no relevance to the political process in Ukraine. (Table 2 in the Appendix gives an alphabetical listing of the political parties in Ukraine.) Particularly large and well organised parties are to be found to the left of the political spectrum. The KPU remains by far the largest party in Ukraine, also forming the largest group in parliament. The foundation of the PSPU did not bring about a crisis or even a split in the SPU. By contrast, the formation of the APU seriously weakened the BPU. The centre-left parties are either regional parties (like the BKU) or have very little support in the population (for instance the PGWSF).  
The dominant rôle among the centre parties is played by the VDPU, which is gaining more and more in profile as a "party of power". The financially strong Liberal Party of Ukraine represents the "nouveaux riches" of the Donetsk region. Social democracy in Ukraine is

still being rocked by personal rivalries between the two party leaders Onopenko and Buzdugan. With the joining of ex-Prime Minister Pavlo Lazarenko and his election as party leader, the "Hromada" party is beginning to emerge from the political shadows. The political centre-field is becoming more and more crowded: two new centre parties (the PRO and the APU) have formed from parliamentary groups.

The Christian Democrats have undergone their second schism: Zhuravskii's CDPU has spawned another party of the same name under Stretovich-Shishkin, which has not yet been officially registered. As is the case with the Social Democrats, the split among the Christian Democrats reflects not so much differences in programme but rather personal rivalries.

These divisions, ambitions and contradictions have strengthened the centrifugal forces active under the National Democrats, which had been losing in importance and drive in the years since independence. Tensions have intensified between the moderate National Democrats (Rukh and DPU), which are gradually drifting towards the political centre, and the radical National Democrats (the URP, UKRP and KUN), which are nationalistically orientated and thus form the right flank of the political spectrum. The crucial question that split the ranks of the National Democrats was that of how to relate to the president and his policies.

3. Almost every major party hoping to score in the parliamentary elections has formed an electoral bloc by gathering smaller parties and societal associations of like persuasion around itself. Six months ahead of the parliamentary election there were already two leftist electoral blocs, three at the centre, one Christian Democratic and one right-wing electoral bloc.

Whether a union of all forces of the left can be achieved is doubtful. The PSPU is determined not to join any electoral bloc. In June 1997 an electoral bloc was formed under the name of "For Truth, for the People, for Ukraine!" which consists only of two leftist parties: the SPU and the BPU. The KPU formed its own electoral platform under the title "For the Salvation of the People of Ukraine".

A few centre and social democratic parties joined together in the electoral bloc called "MOST" (The Bridge), comprising the VSDPU, the PdA, the DPU, the socio-political association "Porozuminniya" (Agreement) and other small parties and unions. The "MOST" bloc's aim is to consolidate Ukraine as an independent, democratic, constitutional state and to combat the anti-democratic forces in the country.

A further centre electoral bloc was formed in July 1997, the "Social Liberal Union" ("SLON"). This new coalition, which consists of two parties (the IRB and the UKDP) and the "Club of the Intelligentsia", claims to represent the largely Russian-speaking urban "middle classes". The "SLON" programme is intended to challenge the communists in the pro-Russian West and South of Ukraine and is addressed at those voters who are Russo-phile but against communism.

One year ahead of the parliamentary elections, the middle-of-the-road union of politicians and entrepreneurs for reforms "New Ukraine" ("NU"), which supports President Kuchma and his reform course, experienced a renaissance. The "NU" (which is dominated by the

VDPU, an advocate of accelerated reform) is often called the "party of power", because its members include a very large number of high-ranking state officials and several ministers and territorial governors.

In April 1997 a new electoral union was brought to life: the Christian Democratic Alliance "Forwards, Ukraine!". Several parties joined together on this platform: the UCDP, the CDPU (Shishkin-Stretovich), and the "Hromada". The alliance's strategy is to form a "democratic opposition" to the government's reform course.

The aim of the electoral union "Rukh for the People, for Ukraine" is to bring together not only national democratic but also centre and liberal forces in order to win at least a quarter of the seats in the new parliament and thus to form the strongest parliamentary group. In addition to the Rukh, the "Congress of the Ukrainian Intelligentsia", the "Prosvita" association, and the "All-Ukraine Veterans' Association" joined the new electoral union.

The "National Front" electoral coalition ("NF") is formed by the political parties to the right of the centre - the KUN, the UKRP, the URP and the SUU together with the democratic union "Ukraine". The aims of this coalition are to consolidate Ukrainian statehood and to defend Ukraine's territorial integrity and sovereignty. The emergence of the "National Front", a right-wing political bloc in "hard opposition" to the president, was made possible by the radicalisation of the strongest of the rightward-leaning parties - the URP - and its convergence with the KUN and the UKRP.

4. In July 1997 there were four parliamentary groups and seven members' groups in the Ukrainian parliament. All the members' groups and the Rukh and APU parliamentary groups are reform-orientated. Only the KPU parliamentary group and the united parliamentary group of the SPU and the BPU are against market-economy reforms. Since Ukrainian politics revolves closely around persons, the various groups in parliament support different political protagonists. The "Constitutional Centre" and the "Inter-Regional Deputies" groups are considered the "pro-President" groups in parliament. Former Prime Minister Pavlo Lazarenko, dismissed by the President in June 1997, had his following in the APU parliamentary group and in the "Unity" members' group. Parliamentary Chairman Oleksandr Moroz can count on the support of the leftist parliamentary groups (of the KPU and the SPU/BPU) and the members' group which bears the name "Re-birth and Development of the Agrarian-Industrial Complex". The Rukh parliamentary group and the "Reforms" and "Social Market Economic Choice" members' groups keep up a balancing act between Kuchma and Lazarenko, avoiding taking one side or the other.

An influential political centre has been formed in parliament, consisting of the National Democrats and Liberals and counter-balancing the initial relative preponderance of the left. The parliamentary centre-field, still weak only two years ago, now consists of several parliamentary and members' groups which made it possible to pass the Constitution and reach a compromise with the President.

5. The process of reforming the political system in Ukraine had still not been brought to a close even one year after the adoption of the Constitution. The important act "On The Elections" has only recently been passed, only half a year ahead of the general election.

Parliament's passing of this bill will give new impetus to the formation of a more stable pluralist party system. The executive, which is bent on preventing the consolidation of the legislative, was responsible for delaying the reform of the electoral system in Ukraine by establishing a junctim between the reform of the electoral system and constitutional changes. This was very much in the interest of the President, who was keen on postponing the parliamentary elections scheduled for March 1998. The Deputies of the smaller parties and the Deputies without party affiliation at first maintained that they would approve the new electoral legislation providing for the hybrid electoral system only if their parliamentary term were extended by a year. Only the three largest parties (the KPU, Rukh, and the SPU/BPU coalition), which each have their own parliamentary groups, were from the beginning against postponing the parliamentary elections and in favour of a rapid reform of the electoral system. On 24th September 1997 the bill "On The Elections" was passed with a majority of 230 votes.